

Die „Weltwacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Gasse Nr. 17, und durch Subskription zu beziehen. Preis vierteljährlich 1.20, pro Woche 30 Pf. Durch die Post bezogen 1.50, frei ins Haus 1.70, 3.00, wo keine Post am Orte. W. T. S. S. A.

Weltwacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Unter dem Namen „Weltwacht“ werden alle in der Provinz Schlesien, Posen und den Nachbargebieten erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften in 15 Nummern. Preis für die 15 Nummern 1.20, wo keine Post am Orte 1.50, 3.00, wo keine Post am Orte. W. T. S. S. A.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 272.

Mittwoch, den 21. November 1906.

17. Jahrgang.

Das Gesetz gegen die Gewerkschaften.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands übersendet uns eine sehr sachlich gehaltene Kritik des Antigewerkschaftsgesetzes mit der Bitte um Veröffentlichung. Wir kommen der Bitte gern nach, indem wir in folgendem das wichtigste daraus unseren Lesern hiermit unterbreiten:

Das, was die Regierung nunmehr dem Reichstage zur Beschlußfassung vorgelegt hat, übertrifft die schlimmsten Befürchtungen, die in Gewerkschaftskreisen bezüglich eines solchen Gesetzes vorhanden waren. Das Gesetz in vorliegender Form würde, wenn die Gewerkschaften auf Grund desselben die Rechte der Gewerkschaften nicht nur eine Annäherung von Beistellungen den betreffenden Gewerkschaften anerkennen, sondern es ist geeignet, die Aktionsfähigkeit der Organisationen und die Sicherheit der Mitglieder zu gefährden und infolge bestimmter Anlässe, die in der gegenwärtig gelübten Gewerkschaftstätigkeit regelmäßig alljährlich einige Male wiederkehren, die gesamten Gewerkschaften in einer Art Lähm zu legen, die einer Auflösung gleichläufe.

Vorteile,

welche den Gewerkschaften bei der Eintragung, vorausgesetzt, der Entwurf würde in der vorliegenden Form Gesetz, erwachsen würden, wären die folgenden:

1. Der „eingetragene Berufsverein“ erhält den Charakter einer juristischen Person, das heißt der Verein kann auf seinen Namen Rechte erwerben, Vermögen auf seinen Namen anlegen, Eintragungen in das Grundbuch auf seinen Namen machen lassen, kurz als geschlossene Bürgerschaft alle die Funktionen und Rechte ausüben, die nach dem Privatrechte einzelnen dispositionsfähigen Personen zustehen.
2. Der Verein kann die Mitglieder zur Zahlung der Beiträge während der Dauer der Mitgliedschaft und „noch für die Zeit bis zum Schlusse des Kalendermonats, in welchem der Austritt erfolgte“ (§ 14 Absatz 2), anhalten.
3. Dem Verein können weibliche Mitglieder auch dann angehören, wenn er einen politischen oder sozialpolitischen Zweck verfolgt, vorausgesetzt, daß die Verfolgung dieser Zwecke sich „nur auf die Wahrung und Förderung der mit dem Berufe seiner Mitglieder unmittelbar in Beziehungen stehenden gemeinsamen Interessen“ beschränkt.
4. Die Zentralstelle und die Zweigvereine sind auch in den Bundesstaaten, in welchen nach den vereinsgesetzlichen Bestimmungen die Verpflichtung zur Einreichung eines Mitglieder-Verzeichnisses bei der Polizeibehörde besteht, zur Einreichung des Verzeichnisses nicht verpflichtet.

Gegenüber diesen geringen Vorteilen bringt das Gesetz den Gewerkschaften, die sich als „eingetragene Berufsvereine“ die Rechtsfähigkeit erwerben, folgende

Nachteile:

1. Der Verein wird in der Abgrenzung seines Mitgliederkreises beschränkt, denn er darf nur die Arbeiter desselben Gewerbes oder verwandter Gewerbe als Mitglieder aufnehmen.

2. Die besten agitatorischen Kräfte, die von ihrem Beruf abgehen und eine gewisse wirtschaftliche Unabhängigkeit erhalten, müssen aus dem Verein ausgeschlossen werden. (§ 8 Absatz 2.) Gewerkschaftsbeamte, die nicht von der eigenen Gewerkschaft angestellt sind, Arbeitersekretäre, Angestellte der Genossenschaften, sowie alle in der Arbeiterbewegung tätigen Personen, die nicht oder nicht mehr in dem betreffenden Berufe tätig sind, dürfen der Gewerkschaft nicht angehören, müssen ausgeschlossen werden, wenn sie eine Anstellung außerhalb ihrer Gewerkschaft erhalten, auch wenn sie jahrelang der Gewerkschaft angehört haben!

3. Die Tätigkeit des Vereins darf sich „nur auf die Wahrung und Förderung der mit dem Berufe seiner Mitglieder unmittelbar in Beziehung stehenden gemeinsamen gewerblichen Interessen“ erstrecken, die Solidarität gegenüber anderen Arbeitern und anderen Organisationen wird somit unterbunden.

4. Minderjährige Mitglieder (Personen unter 21 Jahren) sind im Verein nicht stimmberechtigt und dürfen weder Mitglieder des Vorstandes, noch der Ortsverwaltung sein, noch dürfen sie als Vertrauensleute der Gewerkschaft fungieren.

5. Der Zentralvorstand und die Zweigvereine sind verpflichtet, nach näherer Bestimmung des Bundesrats ein Verzeichnis der Mitglieder zu führen und der Verwaltungsbehörde (also in den meisten Fällen der Polizeibehörde) auf Verlangen jederzeit vorzulegen.

6. Jedes Mitglied hat das Recht, jederzeit Einsicht in das Verzeichnis der Mitglieder zu nehmen und auf seine Kosten sich eine beglaubigte Abschrift des Verzeichnisses durch den Vorstand liefern zu lassen.

7. Der Vorstand hat die Jahresabrechnung der Verwaltungsbehörde einzureichen, im „Reichsanzeiger“ zu veröffentlichen und im Vereinslokal oder in anderer Weise den Mitgliedern, nebst den zur Jahresabrechnung gehörenden Belegen, zur Kenntnis zu bringen.

8. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung können, wenn sie gegen das Gesetz oder die Statuten verstoßen, von jedem Mitgliede, das an der Versammlung teilgenommen hat, im Wege der Klage angefochten werden.

9. Dem Vorstand ist das Recht benommen, in kritischen Zeiten von den Mitgliedern einen Vertrauensvertrag zu erheben, respektive sind die Mitglieder nicht verpflichtet, einen solchen zu schließen und ist jedes Zwangsmittel, sie dazu anzuhalten, ver sagt.

10. „Der Verein ist für den Schaden verantwortlich, den der Vorstand, ein Mitglied des Vorstandes oder ein anderer verfassungsmäßig berufener Vertreter durch eine in Ausführung der ihm zustehenden Verrichtungen begangene, zum Schadenersatz verpflichtende Handlung einem dritten zufügt.“ (§ 31 des Bürgerl. Gesetzbuchs.)

11. Dem Verein kann u. a. die Rechtsfähigkeit entzogen werden, wenn er „eine Arbeiterausperrung oder einen Arbeiterausstand herbeiführt oder fördert, die mit Rücksicht auf die Natur oder die Bestimmung des Betriebes geeignet sind, die Sicherheit des Reichs oder eines Bundesstaates zu gefährden, eine Störung in der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser oder Beleuchtung herbeizuführen, oder eine gemeine Gefahr für Menschenleben zu verursachen.“ (§ 20 Absatz 4 Ziffer 2.)

Die Unterstufung eines Streiks der Arbeiter der Wasserwerke, der Elektrizitätswerke, der Gasanstalten, der fiskalischen Betriebe, der Bergarbeiter, der Eisenbahner oder der Seeleute aus Vereinsmitteln führt zur Entziehung der Rechtsfähigkeit. Mit dieser ist die Festlegung des Vereinsvermögens auf die Dauer von mindestens einem Jahre verbunden, denn § 45 des Bürgerlichen Gesetzbuchs beauftragt, daß nach der Entziehung der Rechtsfähigkeit das Vermögen des Vereins an die in der Satzung bestimmten Personen fällt. Es kann auch an öffentliche Anstalten oder wenn die Satzungen Bestimmungen über die Unfallberechtigten nicht enthalten, an den Fiskus fallen. Nach § 51 a. a. O. darf das Vermögen den Unfallberechtigten erst nach Ablauf eines Jahres ausantwortet werden. Die Entziehung der Rechtsfähigkeit ist somit in der Wirkung gleichbedeutend mit der Auflösung des Vereins und der Verschleppung des Vermögens. Die Bestimmungen über die Entziehung der Rechtsfähigkeit sind in dem Entwurf aber so gehalten, daß sie gegenüber unseren gesamten Gewerkschaften erfolgen kann, wenn sie in der Weise tätig sind, wie bisher.

Diesen ungeheuren Nachteilen, welche die Gewerkschaften treffen, wenn sie auf Grund dieses Gesetzes die Rechtsfähigkeit erwerben würden, stehen ganz winzige Vorteile gegenüber. Das Gesetz würde somit für die Gewerkschaften nicht nur unbrauchbar, sondern geradezu gefährlich werden.

Allerdings ist keine Gewerkschaft verpflichtet, sich dem Gesetz zu unterstellen, denn die Rechtsfähigkeit muß nicht, sondern sie kann erworben werden. Jedoch haben wir mit unserer Reichsregierung und Reichsgesetzgebung so viel Erfahrungen gemacht, um zu wissen, daß, wenn dieses Gesetz Annahme finden und Rechtskraft erlangen sollte, den nicht eingetragenen Vereinen gegenüber entsprechende Maßnahmen getroffen werden, um sie entweder zur Eintragung zu zwingen, oder sie in ihrer Tätigkeit zu hemmen, oder völlig lahm zu legen. Wir erinnern an das Vorgehen gegen die freien Hilfskassen, nachdem die Gesetzgebung für die Ortskrankenkassen entsprechend ausgestaltet war.

Das Gelindeste wäre, daß eventuell weitere Gesetze auf diesem Gebiet, die den Arbeitern eine gesellschaftliche Vertretung sichern würden, auf dem vorliegenden Gesetz sich aufbauen und zur Wahl einer solchen Vertretung nur die „eingetragenen Berufsvereine“ berechtigt wären.

Schlimmer wäre, wenn nach Inkrafttreten des vorliegenden Gesetzes die seit Bestehen des Bürgerlichen Gesetzbuchs den Gewerkschaften ständig drohende Gefahr einträte, indem man die im bürgerlichen Gesetzbuch enthaltenen Bestimmungen über die Gesellschaft gegen die Gewerkschaften zur Anwendung bringt. In der Denkschrift zum Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist ausdrücklich erklärt, daß auf alle nicht rechtsfähigen Vereine „die Vorschriften über die Gesellschaft Anwendung finden“. Dem ist wieder in der Kommission, noch sonst bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs widersprochen worden. Es gilt somit der folgende § 54 des Bürgerlichen Gesetzbuchs für alle nicht rechtsfähigen Vereine:

„Auf Vereine, die nicht rechtsfähig sind, finden die Vorschriften über die Gesellschaft Anwendung. Aus einem Rechtsgeschäft, das im Namen eines solchen Vereins einem dritten gegenüber vorgenommen wird, haftet der Handelnde persönlich; handeln mehrere, so haften sie als Gesamtschuldner.“

Zum Ueberflus wird dies auch noch einmal in der Begründung zum vorliegendem Gesetzentwurf betont, wenn auch hin-

Der Sieg des Schwachen.

Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

171

Mit dem Wohlwollen halb einer Lebenden, halb einer Mutter sagte sie: „Du hast recht. — Weißt was? Ich kenn' mich um so besser aus hier und ich „god“ Dich hinauf (trage Dich Gudepad).“ — „Ah“, entgegnete der Schneider, durch diesen Vorstoß höchlich überrascht, „Guten! — was fällt Dir ein!“ — „Nun“, versetzte die Wäbe mit einem Lächeln, das Lobins nicht sah, wohl aber aus dem Tone entnehmen konnte — „glaublich etwa, Du bist mir zu schwer? — In dieser Frage und in der muntern Art, womit sie gestellt war, schien dem Burtschen ein Stich auf die Schwachheit seiner Figur zu liegen; ein gewisser Schneiderstolz rührte sich in ihm und gestellte sich zu der Würde, und mit dem abweisenden Ton eines Verletzten erwiderte er: „Geh' doch! Guden! Mich! Wie ein kleines Kind!“ — „O“, versetzte die Wäbe mit Helterkeit, „das war nicht das erste Mal, daß man ein Mannsbild godt! In der Not greift man eben zu dem, was hilft!“ Und ernsther setzte sie hinzu: „Was bleibt uns sonst übrig! Die Leut' aufzucken wollen wir nicht, und hier stehen bleiben können wir auch nicht. Also?“ — „Wir könnten aber doch noch was anderes tun“, meinte Lobias zögernd. — „Nun?“ — „Wir könnten's uns gesagt sein lassen, daß es nicht sein soll, was wir vorhaben, und — er hielt inne. — „Und Du“, ergänzte das Mädchen, „könntest wieder gehen, meinst Du?“ — „Allerdings, das könntest Du; und Du kannst es auch wirklich. Gesehen und gehört hat Dich bis jetzt noch niemand, und die Tür ist gleich wieder aufgemacht; ich für meine Person will Dich aber durchaus nicht aufpassen!“ — „Lobias, der aus dem Tone, in dem sie diese Worte sprach, die Gesinnung des Mädchens erraten hatte, sagte: „Wir könnten ja ein anderes Mal zusammenkommen, an einem Ort, wo —“ — „Nein“, versetzte die Wäbe mit Ernst und Entschiedenheit, „das ist bedankt! Ich mich! Mit uns zwelen ist's dann aus für immer! So einen „godt“ gern und trau mir nicht“, kann ich nicht brauchen — da kam' ich nie zu etwas! — Ich hab' Dir bis jetzt vieles nachgesehen, Lobias; aber zuletzt hat alles ein End“. Was zu misserabel ist, das ist zu misserabel!“

immer gleich so hüßig! — Mir ist's mehr um Dich gewesen als um mich, wenn ich gemeint hab', ich könnt' wieder gehen! Am Ende, was frag' ich danach? Aber Du bist hier im Dienst.“ — „Ich fürcht' mich aber nicht, mein lieber Lobias“, entgegnete die Wäbe. — „Nun“, versetzte der Burtsche, aus der Not eine Tugend machend, nach einer kleinen Pause, „wenn Du Dich nicht fürchtest, kann fürcht' ich mich auch nicht. — In Leufels Namen — so god' mich!“ — Das Mädchen, welches die Zeit verstreichen sah, stellte sich zurecht, rief mit einem gewissen Kommandoton: „Mach'!“ — und nach einer Sekunde sah Lobias wie Eginhard oder wie die Männer von Weinsberg, seine glücklichen Vorgänger.

Die rüstige Wäbe trug den ebenso geliebten wie liebten Schneider ohne Schwierigkeit die Stiege hinauf. Da sie in Strümpfen ging, so war ihr Schritt fast unhörbar, und mit Sicherheit wurde eine Stufe um die andere überschritten. Lobias hatte die seltsamsten Gefühle. Ihm war's, als ob er träumte — und doch war's keine Einbildung, was ihm widerfuhr. Er hielt mit seinen Armen den Hals der Geliebten umschlungen und fühlte an seinen Händen den Hauch ihres Mundes. — Wie mußte sie ihn lieben, die gute Wäbe, daß sie das für ihn tat und für ihn riskierte! Ja, sie hatte ihn wirklich gern! Sie war brav, sie war herzlich und entschlossen — sie war das beste Weib, das er finden konnte!

Die letzte Stufe war überschritten. Oben auf dem Gange war es heller, als sie hätten erwarten können. Der abnehmende Mond war aufgegangen, die Wollen im Ofen hatten sich verzogen, und der Schein fiel durch das hintere Fenster. Mit um so größerer Sicherheit getraute sich die Wäbe geräuschlos an der Tür des Schlafzimmers vorbeizutreten, das auf der Gartenseite lag. Sie wendete sich und ging vorwärts. Als sie aber noch zwei Schritte von der Tür entfernt war, fing es drinnen an zu klingen. Es war der geistliche Herr, der an solchen Anlässen zu leiden pflegte. Er hustete stark, nachhallend, und mußte völlig wach sein. Die Möglichkeit, gehbt und unbedet zu werden, schreckte einen Moment auch das Herz des Mädchens.

Den Schneider überkam eine unaussprechliche Angst. Bei dem ersten Laut in der Kammer hatte er mit seinen Händen inständig den Kopf der Wäbe zurückgezogen, wie ein Reiter die Bügel anzieht, und sein Herzklopfen war so stark geworden, daß es die Trägerin an ihrer Schulter fühlte. Schnell ergriff sie seine rechte Hand und gab ihr einen Druck, der die Bedeutung hatte: „Um Gottes willen, sei ruhig!“ — Und stark. Und Lobias erkannte sich; er ließ ihren Kopf und Hals in Frieden, hielt sich gefaßt und blieb ruhig. Das Schlagen seines

Herzens und das Atmen der Angst zu verhindern, ging natürlich über seine Kräfte.

Nach zwei peinlichen Minuten wurde das Husten schwächer und endlich hörte es ganz auf. Die Wäbe setzte sich wieder in March. Sie schritt beherrzt an der Tür vorüber und unaufhaltsam weiter in dem Gang, bis sie an das entgegengelegte Fenster kam. Dann öffnete sie links an der Wand eine Tür, die geräuschlos aufging, weil die Wäbe sie vorher geölt hatte, rückte sich, trat ein und ließ den Schneider vorsichtig heruntersinken. Unversehrt machte sie die Tür wieder zu und schloß die kleine Hebelchen vor. Ein wenig Lächeln des Glücks bei dieser Gelegenheit ging dem Burtschen doch durch die Seele. Doch — der Gassen war erreicht, die Frucht geborgen.

Die Kammer der Wäbe machte auch bei der gegenwärtigen Beleuchtung den Eindruck der Sauberkeit und Nettigkeit. Auf der Seite gegenüber der Tür stand das Bett, das schon gemacht war, und davor ein Stuhl, auf welchem ein Oberkleid lag. Hinter dem Bett erhob sich ein Tisch mit Leuchter, Wasch- und Trinkgefäß. An der Türseite lag ein Schrein, der die Gabelfleiten des Mädchens enthielt, und die Wand zeigte ein Spiegel mit einem kleinen Bild, dem Präsen einer Umer Freundin. Das alles war sehr einfach aber ansprechend bestellt und ein Beweis für die Ordnungsliebe des Mädchens.

Lobias, der sich nach dem Vorstehen des Regels von seiner Bangigkeit erholt hatte, sah beim Schein der Sterne, die zum offenen Fenster hereinblitzten, umher und sog die erquickende sommerliche Nachtluft ein. Der Zauber, mit der Geliebten in gesichertem Raum allein zu sein, ergriff ihn und ülgte den letzten Rest der Furcht und Sorge aus seinem Herzen. Er sah die Hand des Mädchens und brüllte sie wiederholt; er sah ihr ins Gesicht, und sein Herz begann wieder zu klopfen, aber diesmal aus schöneren Gründen. Beide lehten sich auf den Schrein.

Mit den Armen sich umfassend und Wang' an Wang' gelehnt saßen sie ein Weilschen ohne zu sprechen. Es dänkte den Burtschen hier so schön und so ruhig, daß er sein Sträuben, herauszukommen, schier begrifflich fand. In dem Still, das ihn erfüllte, wurde sein Herz gerührt durch die Liebe und den Mut, welchen die Wäbe bewiesen hatte, damit sie so weit kamen, wie sie waren. Er fühlte, daß er ihr alles zu danken hatte, daß sie ihn glücklich gemacht habe trotz seines Widerstandes und indem sie für ihre Person alles auf Spiel setzte. Sein Herz verstand in Dankgefühl, und der Gassen bestanden Sieg endlich ender und öffnete ihm unwillig die Augen.

(Fortsetzung folgt)

zugelassen wird, das diese Vorschriften für Vereine mit großem und häufig wechselnden Mitgliederbestand an sich nicht be- rechnen.

Es wäre ja freilich ein Unfuss, die Bestimmungen über die Gesellschaft gegenüber den Gewerkschaften zur Anwendung zu bringen, jedoch welchen Unfuss gäbe es, der nicht in Deutschland ausgeführt würde. Die Anwendung dieser Bestimmungen auf die Gewerkschaften würde für diese eine ähnliche Wirkung haben, als wenn sie sich auf Grund des vorliegenden Gesetz- entwurfs „eintragen“ ließen.

Und dann bleibt schließlich die Landesgesetzgebung auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens, um den Gewerkschaften, die sich nicht „eintragen“ lassen wollen, das Leben sauer zu machen.

Wer nicht gemerkt hat, dem wieder in der Begründung zum Gesetzentwurf gesagt, daß durch diesen die Landesgesetzgebung über das Vereins- und Versammlungswesen nicht berührt wird, ja es wird direkt zu einer, nach unserer Meinung verfassungswidrigen Ausgestaltung dieser Gesetzgebung angeleitet, indem gesagt wird:

„Uebrigens ist grundsätzlich davon auszugehen, daß alle bestehenden Bestimmungen des öffentlichen und privaten Rechts- und Landesrechts auch für die gewerblichen Berufsvereine unverändert aufrecht erhalten bleiben, soweit nicht im gegenwärtigen Entwurf ausdrückliche Ausnahmen festgesetzt werden. Es gilt dies gleichmäßig sowohl für die Voraussetzungen der Eintragung in das Vereinsregister und das Verfahren dabei, als auch für die späteren Verbindlichkeiten des Vereins nach der Eintragung. Ferner wird durch den Entwurf nicht gehindert, daß landesgesetzliche Bestimmungen in demselben Umfang, in dem sie bestehen bleiben, auch künftighin erlassen werden können.“

Es ist somit für die Gewerkschaften, christlichen Gewerkschaften, Gewerksvereine und alle sonstige Vereine, die eine Verbesserung der Lebensstellung der Arbeiter erstreben, durchaus nicht gleichgültig, ob dieser Entwurf Gesetz wird, weil vorauszusetzen ist, daß nach Inkrafttreten dieses Gesetzes gegen die Organisationsvorschriften vorgegangen wird, die sich dem Gesetz nicht unterstellen wollen. Zweckmäßig muß die organisierte Arbeiterschaft durch wackelnde Protest zu verhindern suchen, daß dieses Monstrum von Gesetzentwurf Gesetz wird.

Ein Monstrum im wahren Sinne des Wortes ist es, was die Regierung dem Reichstage vorgelegt hat. Abgesehen davon, daß mit den eingangs zitierten Bestimmungen den organisierten Arbeitern, die nach Brot streben, Steine ins Gesicht geschleudert werden, enthält der Entwurf die unsinnigsten Bestimmungen, ja die deutsche Sprache ist darin in einer Weise mißhandelt, wie es bisher auch im Juristendeutsch nicht zu finden war. Eine so zusammengestoppelte Arbeit dürfte dem Reichstag wohl nie vorgelegt worden sein.

Welch klärender Unfuss liegt darin, daß die Gewerkschaften der Verwaltungsbehörde ein Mitglieder-Verzeichnis vorlegen sollen. Wo diese Vorlegung erfolgen soll, ob im Bureau der Gewerkschaft, oder im Bureau der Verwaltungsbehörde, sagt der Entwurf nicht. Soll vielleicht der Vorsitzende des Metallarbeiter-Verbandes das Verzeichnis der 300.000 Verbandsmitglieder, das 3 bis 4 Zentner wiegen wird, aufs Postbüro schleppen?

Oder ein anderes. Ein großer Verein kann die Vereins- Angelegenheiten an Stelle der Mitglieder-Versammlung durch einen Ausschuss erledigen lassen, der nicht wie die General-Versammlung unserer Verbände eine periodisch, sondern ein dauernd eingerichtetes Organ ist. Auf Antrag von einem Viertel der stimmberechtigten Vereinsmitglieder muß aber der Vorstand des Vereins die Mitglieder-Versammlung berufen. In welchem Orte oder Raume sollen wohl die 300.000 Mitglieder des Verbandes der Metallarbeiter oder die Mitglieder ähnlicher großer Verbände zusammentreten? Man meint, die Verfasser des Gesetzentwurfs wären eben vom Rand gefallen und hätten nie etwas von dem Umfang und den Einrichtungen der bestehenden Gewerkschaften gehört.

Doch, das sind Bestimmungen in dem Entwurf, die geeignet sind, ihn lächerlich zu machen. Sehr ernst aber sind die Bestimmungen zu nehmen, die den Gewerkschaften die Aktionsfähigkeit beschneiden sollen. Es scheint, als wolle man die Solidarität, die heute die sämtlichen gewerkschaftlichen Zentralverbände vereint, mit diesem Gesetz beseitigen, indem, wie vorstehend kurz angegeben, das Tätigkeitsgebiet jeder Gewerkschaft eng begrenzt und sie hindert, anderen Gewerkschaften Hilfe und materielle Unterstützung zu gewähren. Will man dadurch die Gewerkschaften gegeneinander zu einem Nierenkampf rückendes Unternehmen wehrlos machen? Kann man zu dieser Meinung kommen, wenn man sich den sonstigen Grund über vor, den Gewerkschaften ihr Tätigkeitsgebiet so eng zu begrenzen, wie es in dem Gesetzentwurf geschieht. In den Motiven wird ausdrücklich gesagt, daß ein Einspruch gegen die Eintragung von der Verwaltungsbehörde erhoben oder dem Verein die Rechtsfähigkeit entzogen werden kann, wenn er „auch die Wahrnehmung der Interessen von Nichtmitgliedern oder die Unterstützung von Nichtmitgliedern als selbstständigen Zweck verfolgte.“ Die Worte des Vereins „Hilfe, wie in den Motiven zum Gesetzentwurf besonders betont wird, im einzelnen im Statut angegeben werden. Will der Verein andere Gewerkschaften bei den Kämpfen unterstützen, so muß dies im Statut bestimmt werden, und dann kann er die Rechtsfähigkeit nicht erlangen. Hat er die Bestimmung nicht im Statut und unterstützt andere Gewerkschaften trotzdem, so wird ihm die Rechtsfähigkeit entzogen, was eine Auflösung der Organisation gleichkame.

Und schließlich wird in der Begründung des Gesetzentwurfs nicht nur den Sonderbetreibern, sondern auch den Einzelnen und den Eisenbahnern, einschließlich der Arbeiter der Betriebswerkstätten, das Koalitionsrecht angedroht abgeprochen.

Es heißt darüber in der Begründung: „Nicht zu den „gewerblichen Arbeitern“ im Sinne des Entwurfs gehören daher, unter anderem namentlich die Schiffsmannschaften auf den Schiffen und die im Gewerbebetriebe der Eisenbahnen tätigen Personen.“

Bezüglich der letzteren ist ausdrücklich gesagt:

„Es ist nicht möglich, wenn eine Eisenbahn-Verwaltung eine Koalitionsvereinbarung schließt für die Förderung ihrer Eisenbahn-Unternehmungen, kann man sagen, daß sie ein von ihrem Eisenbahnbetriebe getrenntes besonderes Gewerbe betreibt. Dieser wird unter Strafandrohung (die Frage, ob die Arbeiter der Eisenbahnbetriebe als Koalitionsrecht haben) für den Entwurf die gleiche Behandlung.“

Damit wird großen und bedeutungsvollen Arbeitervereinen das Koalitionsrecht abgeprochen, das sie bisher erlangten. Und das in einem

lassen die Arbeiter als einen Fortschritt anerkennen und in Kauf nehmen!

Form, Inhalt und Tendenz des Gesetzentwurfs lassen vermuten, daß dieser nicht von den Gewerkschaften im Reichsamt des Innern, sondern von den Scharfmachern des Zentralverbandes deutscher Industrieller ausgearbeitet ist. Die Gewerkschaften hatten wohl nur die Aufgabe, die Bestimmungen des Entwurfs so zu gestalten, daß es den Anschein gewinnt, als ständen sie mit dem bestehenden Recht, auf das die Verein vom Zentralverband seine Rücksicht zu nehmen gewohnt sind, im Einklang.

Bringt man den Arbeitern dieses Unrecht vor, so wird es dieselbe Wirkung haben, wie das Sozialistengesetz. Das mögen die Verfasser und Befürworter dieses Gesetzes sich gesagt sein lassen.

Als die Arbeiterschaft rüht wie die bringende Anforderung, mit aller Energie dagegen anzukämpfen, daß man ihr mit einem solchen Gesetz das bisherige von Koalitionsrecht, das sie heute haben, zu rauben und an Stelle der heutigen kampfbereiten und kampfsüchtigen Gewerkschaften, Organisationen von Polizei Gendarmen, die unter ständiger Polizeikontrolle stehen, denen nämlich die Gesetzgebung, aufgestellt zu werden, wenn sie noch menschlichen Verstandesbegriffen nicht „ordnungsgemäß“ handeln, zu setzen sucht.

In der nächsten Nummer (47) des „Korrespondenzblattes der General-Kommission der Gewerkschaften“ wird der Wortlaut des Gesetzes und seine Begründung, sowie die teils im Entwurf, teils in den Motiven angelegenen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches veröffentlicht werden.

Die für die Gewerkschaften tätigen Genossen werden das für ihre Materialkassensammlungen gut gebrauchten können.

Eine weitere Kritik des Wechselbalgs, aus der Feder unseres Genossen Wolfgang Heine, die mehr die juristische Seite der Frage behandelt, folgt morgen.

Politische Uebersicht. Wurfsteile.

Im Reichstag fanden Montag zunächst die beiden Interpellationen über die Fleischnot auf der Tagesordnung. Sie kamen nicht zur Verhandlung. Fürst Bülow ließ durch den Grafen Posadowsky erklären, er werde sie im Laufe der nächsten 14 Tage beantworten. Ebensovienig wurde die Zentrums-Interpellation über die angebliche Verwundung niedriger versolter Futtergerste als Malzgerste beantwortet. Auch sie muß ein wenig auf die Antwort warten, wie der Reichs- schatz-Sekretär v. Stengel in Bülow's Anfrage mitteilte. Hier- auf nahm das Haus die erste Lesung eines Gesetzentwurfs vor, welcher das Schiffskontingent für neu zu errichtende Dampferlinien herabsetzt. Es handelt sich um einen elenden Fiklen, der auf das Liebesgöben-Gesetz aufgestellt werden soll. Die Konser- vativen zeigen große Lust, die Vorlage ohne Kommissions- Beratung anzunehmen; aber hier widersprach selbst das Zentrum. Genosse Wurm legte dar, zu welchen Ungeheuerlichkeiten die ganze Prämientrittschaft geführt hat: der Export spottbilligen deutschen Spiritus nach England ermöglicht der englischen Par- läm-Industrie, auf dem Weltmarkt die deutsche Parfümindustrie zu unterbieten, während der teure Inlandspreis des Spiritus mehrere heimliche Industrien in ihrer Entwicklung hemmt. Und das nennt sich Schutz der nationalen Arbeit! Dieses ganze System durch Ballastmitteln etwas länger vor seinem völligen Zusammenbruch zu bewahren, ist, wie Genosse Wurm in trefflicher Weise nachwies, sicherlich nicht Aufgabe unserer Fraktion. Daher werden wir gegen das Gesetz stimmen, das auch von den Freisinnigen abgelehnt wird. Die Vorlage ging an eine 21 gliedrige, die Vorlage über den Vogelschutz darauf an eine 14 gliedrige Kommission. Dann wurde noch mit der zweiten Lesung der Vorlage betreffend den kleinen Befähigungs- nachweis für das Bauhandwerk angefangen. Die einen Dösel- Arbeiter in einem großen Kapf Jährling umrührt. Ganz im Sinne des Zentrums, das diese Verquickung besonders liebt und daher durch Erhöhung der Distanzstimmte seine freudige Zustimmung erklärte. Auf der Lorenschuh, soll sagen vor Stimmungssturz, brachte noch Graf Posadowsky den Jährling eine hocherfreuliche Mitteilung: in zwei demnächst erscheinenden Vor- lagen soll die Verhüllungs- Ausbeutung zu einem Privileg der Mehlritulure werden und der Titel „Baumeister“ unter hohen obrigkeitlichen Schutz gestellt werden. Heute Dienstag wird die Beratung fortgesetzt.

Wilhelm II. wie er ist . . .

Die „Germania“ druckt aus der Schrift eines offenbar Eingeweihten, „In der Kaiser und sein Volk! Von einem Schwarzfischer“ folgende für die politischen Verkehrsformen Wilhelms II. nicht uninteressanten Stellen nach:

„Wilhelm II. ist durchaus kein guter Zuhörer. Wohl mag er die äußere Absicht haben, zuzuhören, aber der Drang zu erobern, zu bezwingen, die eigene Persönlichkeit auf andere wirken zu lassen, ist in ihm von jeder so stark gewesen, daß seine Rede sehr selten zur Absolvierung eines Vortrages, seine Worte fast nie zu einer ergiebigen Diskussion mit dem kaiserlichen Herrn kommen. Oft ist der Vortragende noch nicht beim dritten Satz angelangt, da nimmt der Kaiser selbst das Wort, erwidert seine eigenen Ansichten über die Materie, die er stets völlig zu beherrschen glaubt, fragt nur, um fast im gleichen Moment selbst zu antworten, kommt, rasch, überpringend, leicht vom Sanktischen ins Lausische, und hat nach Ablauf der festgesetzten Zeit meist dem Vortragenden eine höchst ansehnliche Stunde bereitet, ihm aber gleichzeitig die Möglichkeit benommen, seiner Informa- tionspflicht zu genügen, eine eigene Meinung zu entwickeln.“

Wer dem Gedankengange des Kaisers nicht folgt, was, wie einer unserer thätigsten Staatssekretäre, herabköpft bei der Stunde bleibt und mit einer gewissen Bedauertheit immer wieder auf sein Thema zurückzukommen versucht, der gerät beim Kaiser leicht in den Ruf eines langweiligen Kumpans, eines lebernen Bureaulatens. Er kann es erleben, daß er monatelang nicht mehr zum Vortrage befohlen wird, daß ihn der Kaiser dann schließlich einmal zwar resigniert zum Worte kommen läßt, ohne aber viel hinzuhören. Wilhelm II. gibt sich in solchen Fällen übrigens keineswegs viel Mühe, seine Zeitnahwelligkeit zu verbergen. Er pflegt, an die Wand gelehnt, mit seinem Fedeln zu spielen, und in gelegentlichen Stimmern heranzukommen, um wieder in Ruhe, wenn die Kaiser dem Bedauernden so

lange zwischen den Beinen durchgelaufen sind, bis er schließlich, nervös und ver- wirrt, selbst den Faden verloren hat, worauf er dann allerdings meist ein joviales „Trostwort“ des Monarchen mit auf den Heimweg nehmen darf.

Ueber den Vorkehr des Kaisers mit dem Fürsten B. u. so erzählt der „Schwarzfischer“: „Mit besonderem Eifer der Gewandtheit vertritt es Bernhard Bülow, die Flut der An- träge einzudämmen, welche sein hoher Posten mitzubringen pflegt und schließlich das herauszuschälen, was sich einigermaßen in den Rahmen der inneren und der äußeren Politik einfügen läßt. In stets unterhaltendem Plauderton gibt der Monarch dem Monarchen einen Extrakt der eingelassenen Meldungen und Berichte, die knapp kommentiert werden, um, wo es not tut, eine kaiserliche Entscheidung zu provozieren. Fürst Bülow weiß, daß er die Geduld seines hohen Gastes auf keine zu harte Probe stellen darf. Es muß daher eine sehr sorgfältige Auswahl aus dem täglich in dem Kanzlerbüro sich häufenden Material getroffen werden, und wenn Wilhelm II. sich gelegentlich auch einmal in die letzten Details einer Frage vertieft, so ist man doch gemeinhin, wie die Dinge nun einmal liegen, in der Wilhelmstraße gar nicht in der Lage, den Kaiser eingehender und umfassender zu orientieren, als die „Fälligkeiten der Stunde“ es gebietet. Nicht als ob Wilhelm II. mit der Zeit, die er für seinen Kanzler übrig hat, allmählich geizte. Er ist dem Fürsten Bülow in ritterlicher Freundschaft angetan. Er freut sich über Unterhaltung mit dem vielversahren, feinsinnigen und sympathischen Weltmanne. Aber im allgemeinen vermögen die recht nüchternen Einzelheiten der Regierungstätigkeit den Kaiser nicht lange zu fesseln. Er ist stets bereit, in das weite Feld allgemeiner Erörterungen auszubringen, wo er dann rasch die Erben- schwere des Kontinens abstößt, und auf den Höhen der Phantasie dahinstreift, froh, vor aller informatorischen Kleinarbeit geborgen zu sein.“

„Wenn er mich nur einmal zu sich auf das Schiff einladen möchte!“ hat der seltsame Miquel wohl dem Kaiser gesagt. Aber die Gelegenheit zu einer intimen Aussprache mit dem Kaiser ist ihm nie geworden.

Auf diesen Fahrten will der Kaiser sich an froher Tafelrunde als Mensch im Freundeskreise fühlen. Hier ist schon mancher Keim ins Herz des Kaisers geschlagen worden, der ihn kann zu überraschenden Entschlüssen bringen. Hier ist allzu oft schon der Grund zu einer Ministerberückelung gelegt, über manche auch der Stab gebrochen worden. Hier entstanden Vertrauens-Verhältnisse, die später den verantwortlichen Ratsberatern schwer zu schaffen machten; hier war der Punkt außerhalb der Regierung, von dem aus Hochstrebende gelegentlich sogar verfuhrten, den ganzen Regierungsbapparat aus den Angeln zu heben.“

Graf Reventlow berichtet, daß fast alle Persönlichkeiten in der Umgebung des Kaisers sich durch große gesellschaftliche Gewandtheit und vor allem durch schmieglame Unterhaltungsgabe auszeichnen. Der „Schwarzfischer“ erzählt: „Da bekannt ist, daß der Kaiser für einen guten Witz stets ein großes heraldisches Lachen hat und gelegentlich auch einer kräftigen An- gebote sein Ohr nicht verschließt, so liegt die Verführung nahe, ihn durch allerbarende berbe Spitze oder durch geistvolle Aporas, durch witzigen Klatsch zu gewinnen. Das erkare hat ein viel genannter Professor in der Provinz, dessen kräftige Nerven auch der schärfsten Angriffe auf seine amtliche wie außeramtliche Tä- tigkeit lange Zeit spotten konnten, als amüsanter Plauderer aber — und als sehr geschickter Zuhörer — hat sich Bernhard Bülow in das Herz seines kaiserlichen Herrn geschmiegelt. Der Weise im Reichsamt des Innern dagegen hat es mit all der gebliebenen Arbeit beim Kaiser nur zum Aufste eines „lebernen Bedanten“ bringen können.“

Die „Germania“, das führende Organ der gut monarchischen und durch die Gunst Wilhelms II. und seiner intimen ausgezeichneten Zentrumsparthei, dürfte diese Charakteristik des Trägers der Krone kaum abgedruckt haben, wenn sie nicht Anlaß zu haben glaubte, sie für wohl- getroffen zu halten.

Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Zur Kritik, die die General-Kommission der Gewerkschaften an dem Entwurf über die „Rechtsfähigkeit der Berufsvereine“ geübt hat (siehe Leitartikel), bemerkt die „Deutsche Tages- zeitung“: „Man würde es den verbündeten Regierungen kaum verargen können, wenn sie sich angeichts solcher Aus- lassungen entschließen, nach dem alten Worte Bonafides non obtruduntur (Wohlthaten werden nicht aufgedrängt), den Entwurf zurückzuziehen.“

Das wäre wirklich das Beste, was die verbündeten Re- gierungen tun könnten.

Politik der Gatten.

Derzehn Tage glaubt der deutsche Reichskanzler noch warten zu müssen, bevor er die Fleischnot-Interpellation in Reichstag beantworten lassen kann. Diese Aus- kunft, die der Graf Posadowsky am Montag dem Reichs- tag erteilte, wurde so aufgesetzt, als ob die Ernennung eines neuen preussischen Landwirtschaftsministers etwa ebenso lange noch auf sich warten lassen sollte. Nun melben aber einige Berliner Abendblätter, daß die Wahl bereits erfolgt sei, und zwar sei es auf den Herrn v. Arnim-Eitelowen gefallen, der Vorsitzender des Vorstandes der deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft und ein rechtschaffener Agrarier ist. Man erwartet von ihm, daß er die Politik seines Vorgängers fortsetzen wird, von dem er überdies selbst empfohlen worden sein soll.

Nachdem selbst konservativ und freikonservativ Organe Maßregeln zur Vinderung der Fleischnot empfohlen haben, wäre es ein hartes Stück, wenn die Politik des Dallmimer Schweine- wärders weiter fortgesetzt werden sollte. Und doch muß man in Deutschland eben auf alles gefaßt sein. Wenn übrigens die „Germania“ recht hat, so steht der Kaiser, der die Ernennung vollzogen, ganz unter dem Einflusse der vom Bunde der Land- wirte vertretenen Anschauungen; denn auf die Ausführungen, die ihm der Münchener Oberbürgermeister v. Borst auf über die gegenwärtige Höhe der Fleischpreise machte, soll er mit der Frage geantwortet haben: „A können wir die Welt- markt-Verhältnisse ändern?“ Das können wir allerdings nicht, aber es ist nicht notwendig, daß Deutschland von einer ohnehin unglücklichen Lage des Weltmarkts schwerer be- troffen wird, als irgend ein anderes Land, daß infolge einer agrarischen Abpreisungspolitik der Inlandspreis noch hoch über dem ohnehin hohen Weltmarktpreis steht, und daß sich die deut- schen Agrarier die Taschen am vollsten stopfen. Darüber wird ja noch mit aller Wohlthatswerten Deutlichkeit geteilt werden — im Reichstag, in vierzehn Tagen!

Wie sie schwindeln! Die bürgerlichen Blätter bringen schmunzelnd folgende Notiz:

„Die rechtschaffenen Enthüllungswörter des Reichstages über die Gatte, mit der die Angehörigen des „Vormärts“ von der Leitung des Zentralorgans behandelt werden, scheinen gewirkt zu haben. Bewußtens selbst „Das Reich“, dem sozialdemokratischen Ab- geordneten Fischer, dem bisherigen Direktor des „Vormärts“, sei die Pratura entzogen worden.“

Natürlich ist die Notiz erlogen. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, war bereits lange vor den „Enthüllungen“ Reichstages vom Genossen Fischer die

Uebertragung der Prokuratoren...
lung „Vorwärts“ an den Genossen H. Prunz-Derlin erfolgt. Dieser rein formale Vorgang hat mit der häßlichen Kampfesweise Ketzners gegen den „Vorwärts“ und die Parteipresse nicht das Geringste zu tun. Natürlich wird die bürgerliche Presse sich hüten, ihren Lesern die Schwindelnachricht zu berichten.

Das II.

Als Nachfolger Pöhlers ist der wackere Agrarier und Freund Pöhlers, der Ritterkammerherr von Arnim-Kriewen zum Landwirtschaftsminister ernannt worden. Der Herr ist Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft und seit Juni Mitglied des Herrenhauses. Außerdem ist er Mitglied des Eisenbahnrates und des Landesökonomikollégiums. Das besagt genug. Die Politik der Volksherrschaft und des Brot- und Fleischwunders geht also weiter! Jetzt wird das darunter leidende Volk deutscher protestieren müssen.

Obstruktion, welche der - Agrarier. Die Birken-afesnovelle wird noch in dieser Woche dem Reichstag zugehen, und zwar in der Form, wie sie von der Reichstagskommission während der letzten Tagung beschlossen worden ist. Da die Agrarier die Novelle mit Stimmen der Vernunft nicht bekämpfen können, so werden sie, wie die „Deutsche Tageszeitung“ jetzt wiederum ankündigt, alle Mittel der Obstruktion in Bewegung setzen, um die Durchberatung der Novelle zu hintertreiben.

Kleine politische Nachrichten.

Zahlreiche in Leipzig wohnende Polen bereiten eine Eingabe an den dortigen Landtag wegen Einführung des Gottesdienstes in polnischer Sprache vor. — Die allgemeine Schulpflicht ist natürlich nur für welche Kinder — in Deutsch-Südwestafrika durch Gouvernements-Verordnung vom 20. Oktober eingeführt worden. — Die tabuläre Mithras unter der bremischen Herrschaft gewinnt erfreulicher Weise an Stärke. Zum Expositen der Beherrschung in der bremischen Ober-Schulbehörde wurde durch die Schulpflicht der Lehrer Heinrich Wolgast, einer der entschiedensten Vor kämpfer der radikalen Bewegung unter den bremischen Lehrern, mit 806 gegen 373 Stimmen auf weitere sechs Jahre wiedergewählt. Bei der Wahl im Jahre 1903 hatte Wolgast mit 429 von 880 abgegebenen Stimmen nur knapp den Sieg davongetragen. — Wie aus Paris gemeldet wird, ist der Ministerpräsident Clemenceau auf einem ihm zu Ehren von den Parlamentarierjournalisten gegebenen Bankett eine Ansprache, in der er erklärte, daß er nach wie vor mit ganzer Seele Journalist bleiben werde, das heißt, ein Mann, der jeden Tag seine Meinung in freier Weise äußere. — Herr Clemenceau hat den Idealbegriff des Journalisten hier in wenigen Worten erschöpfend festgelegt. Seine Kollegen in deutschen und anderen Ländern können sich daran ein Beispiel nehmen.

Ausland.

Der Sozialismus in den englischen Gewerkschaften. Das Durchbringen der englischen Trade-Unions mit sozialistischem Geiste nimmt einen steten Fortschritt; es mehren sich die Zeichen, aus denen dies deutlich hervorgeht. Zu diesen gehört die Annahme einer Resolution in mehreren Versammlungen des Eisenbahner-Verbandes, in welchen über die Beschlüsse der Cardiffer Kongresses verhandelt wurde. In einigen dieser Versammlungen wurde bezüglich der Kandidaten zum englischen Unterhause folgende Resolution beschlossen: In Erwägung, daß die Zwecke und Ziele der Arbeiterbewegung ihren einzig wahren Ausdruck nur im Sozialismus finden, in weiterer Erwägung, daß die Ziele nur erreicht werden können, wenn sie im Parlament durch Sozialisten vertreten werden, und da die Arbeiterpartei mit ihrer Politik der Unabhängigkeit diesem Zweck dient, so begrüßen wir die Beschlüsse des Kongresses von Cardiff, mona in Zukunft alle Kandidaten des Parlament der Arbeiterpartei zu vertreten haben.

Der Beschluß ist um so bemerkenswerter, als der Generalsekretär des Eisenbahner-Verbandes, Richard Bell, Mitglied des Parlamentes, sich als Liberaler gegen die unabhängige sozialistische Politik im Parlament wendet.

Der Kampf der Frauen um das Stimmrecht. Aus London wird telegraphiert: Eine Anzahl Frauenrechtlerinnen zog Montag Nachmittag vor das Parlamentsgebäude und versuchte vor der Statue von Richard Löwenherg eine Versammlung abzuhalten. Mrs. Delpars hielt gerade eine Rede vom Pöbel der Statue und Mrs. Milne stand ihr zur Seite, als eine Abteilung Polizisten den Frauen gehob, den Hof des Parlamentsgebäudes zu räumen. Da sie sich weigerten, wurden sie gewaltsam hinausgetrieben und Mrs. Milne wegen Widerstandes verhaftet und zur Polizei gebracht. Mrs. Delpars verlangte gleichfalls verhaftet zu werden, doch wurde ihr dies verweigert.

Von der christlichen Nächstenliebe. Ein Priester in der Provinz Ramona (Spanien) richtete vor der Messe an die Gläubigen folgende Rede: „Vorwiegend das Evangelium verleihe, fordere ich alle, die mir etwas schulden auf, so rasch wie möglich ihre Schulden zu bezahlen, sonst belange ich sie gerichtlich.“ Da diese Schulden sich auf das Abonnement einer kirchlichen Zeitung bezogen, das natürlich nicht bezahlt zu werden braucht, wenn man auf den Genuss der Zeitung verzichtet, verklagte der gute Vater einzelne Arbeiter beim Vorstand der landwirtschaftlichen Arbeiterorganisation.

Der Kampf beginnt. Wie und telegraphisch gemeldet wird, wurde Montag in der Kirche St. Augustin in Paris das Inventar der Kirche ohne Zwischenfall ankommen. Der Geistliche weigerte sich, die Sakristei zu öffnen, worauf die Polizei die Türen erzwang. Das Publikum, das sehr spärlich erschienen war, verzichtete sich gleichgiltig.

Die Wahlen in Währen. Die Stichwahlen, die Sonntag in zwölf währischen Wahlbezirken stattfanden, haben drei tschechische Genossen den Sieg gebracht, während die beiden deutschen Sozialdemokraten gegenüber dem liberal-national-christlich-sozialen Mitschmerz in der Minorität geblieben sind, wenn sie auch im Kampfe gegen den ganzen bürgerlichen Block ihre Stimmzahl aus eigener Kraft noch ziemlich beachtlich vermehren haben. Das Gesamtresultat der Wahlen der allgemeinen Wählerklasse ist in den deutschen Bezirken 1 Sozialdemokrat und 5 deutsche Bürgerliche, in den tschechischen Bezirken 5 Sozialdemokraten, 2 Jungtschechen und 7 Liberalen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 20. November.

Vom Weidenhofer Gesehensheim. Im neunten Geschäftsjahre seines Bestehens ist das Freiburger Gesehensheim stärker in Anspruch genommen worden als in vorhergehenden. Es wurden gefordert: für Rechnung der Stiftung...

für Rechnung der Verpflegung 180, für Rechnung der Armenverpflegung 2714 und für Rechnung des Fonds zur freien Verfügung des Magistrats 21 Verpflegungsstellen. In den für Rechnung der Verpflegung an geschätzten 8888 Verpflegungsstellen sind 4489 enthalten, für welche noch Maßgabe der ergründeten Stiftungsbestimmungen aus Mitteln des Fiskus zur Erreichung des Selbstkostenfußes der Verpflegung für den Tag und Kopf in verschiedener Höhe geleistet worden sind. Die Selbstkosten der Verwaltung für den Kopf und Tag der Verpflegung betragen 2.21 Mark (gegen 2.22 Mark im Vorjahre). Die Gesamtausgaben sind gegen das Vorjahr um 48.688 Mark gestiegen (darunter 1460.56 Mark für eine neue erbaute Gartenhalle). Die staatliche Revision der Anstalt ist allseitig zufriedenstellend aus. Um die Trennung der Geschlechter vollständig durchzuführen zu können, soll noch eine zweite Gartenhalle errichtet werden, wozu die Mittel bereits bewilligt sind. Infolge schlechter Beschaffenheit der Brücke über den Mühlgraben am Eingange in das Gesehensheim ist der Neubau in maßvoller Form im kommenden Rechnungsjahre von der städtischen Gesehensverwaltung in Aussicht genommen worden. Die Verträge des Geheimen Rats Professor Dr. Flügge, durch Vertilgung der Mückenbrut in ihren Schlupfwinkeln der Vorstädte und der nächsten Umgebung von Breslau systematisch entgegenzuwirken, wurden auch auf das Gesehensheim und seine Umgebung mit Unterstützung durch die Stadtgemeinde ausgedehnt und scheinen von Erfolg gekrönt zu sein. Die Mücken sind in diesem Jahre nicht in so großer Menge aufgetreten wie in den Vorjahren. Der Aufenthalt in dem das Gesehensheim umgebenden Parke gestaltete sich infolgedessen während der Sommermonate in diesem Jahre angenehmer. Die Vertilgungsversuche werden ununterbrochen fortgesetzt. Verpflegt wurden im letzten Rechnungsjahre 758 Personen (gegen das Vorjahr 118 Personen mehr). Zur Deckung der Gesamtausgaben war ein Kassenrezufluß von 11.708.80 Mark erforderlich. Bei der Freiburger Stiftung konnte am Schlusse des Rechnungsjahres ein Betrag von 3014.48 Mark und bei dem Fonds, welcher zur freien Verfügung des Magistrats steht, ein Betrag von 201.40 Mark kapitalisiert werden.

Vertrag von Prediger Tschirn. Am Mittwoch (Buftag) Abends 8 Uhr, im 17. Bezirk im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17, über das Thema: „Preussens Rufre 100 Jahren und der heutige Kampf gegen den Unglauben“. Eintrittskarten für den Vorverkauf im Vertriebsbureau Parash, Hina, Preussener Allee, Ring 22, Pringelheim, Gartenstraße 54/55, Gottschalk u. Sohn, Sonnenplatz, Bayer, Adalbertstraße 2, Gewerkschaftshaus, Neutroter Platz 50, W. G., Saalkarte 20 Bfg. An der Abendkasse 60 und 25 Bfg. (S. Anker.)

Das Kunstgewerbemuseum ist am Mittwoch (Buftag) geschlossen.

Von unserer Wasserleitung. Durch die Wasserleitung wurden am 16. November 13.524 Kubikmeter Grundwasser und 24.674 Kubikmeter Oberwasser, am 17. November 15.231 Kubikmeter Grundwasser und 26.584 Kubikmeter Oberwasser der Stadt zugeführt. Der Manganoxidgehalt und Manganulfatgehalt des Wassers betrug 1,6 mg bzw. 3,3 mg auf das Liter.

Im Breslauer Schauspielhaus gelangt Dienstag die Operette „1001 Nacht“ von Joh. Strauß zum nächsten Male zur Wiederholung. Allseitig-Vorbereitungen werden täglich an der Kasse des Theaters und im Verkehrs-Bureau Parash entgegen genommen. Mittwoch bleibt das Theater des Buftages wegen geschlossen.

Beim Stiftungsfeste der Handels-, Transport- und Verkehrsbetriebe am vorigen Sonnabend wurde eine kleine Prozession mit der Ansicht von Schloss Camenz gefunden; verloren wurde ein Federbüschel. Verlierer bzw. Finder wollen sich in das Verbandsbureau, Schmeldebrücke 12, Hof, bemühen.

Wesentlich wird seit dem 11. d. Mts. der 23 Jahre alte Bureaubeamte Franz Schickel in von der Antonienstraße. Am 13. August wurde auf dem Wege dicht an der Landungsbrücke der Ueberfähre Morgenau-Pöhlischer Garten die Leiche eines neugeborenen Mädchens gefunden. Die Leiche war in einen Feinwandlappen und gelbes Packpapier eingewickelt und fest verschulert. Durch die Section ist festgestellt worden, daß das Kind nach der Geburt gelebt und unter Einwirkung von äußerer Gewalt getötet worden ist. Die Ermittlungen nach der unnatürlichen Mutter sind bisher erfolglos geblieben.

Feuerbericht. Am Sonntag Nachmittag gegen 8 1/2 Uhr wurde die Feuerwehre nach Neue Granpenstraße 8 gerufen, wo in einem Lagerkeller die Kellerverhältnisse und mehrere Fässer und Kartons mit Holzwole in Brand geraten waren. Gegen 8 Uhr erfolgte ein Alarm nach Nicolaistraße 54/55, wo sich in einem nach der Straße au gelegenen Bigarrengeschäft das einem Gasmeter anschlößende Gas entzündet hatte, wodurch die Holzwole verpackung und ein Teil der Vertikulation in Brand geraten waren.

Ein Kind von der Straßenbahn überfahren. Am 17. d. Mts., Vormittags, eine Schneiderrack mit ihrer dreijährigen Tochter die Lehmgartenstraße überquerte, lief das Kind plötzlich zur Seite und geriet vor einen Straßenbahnwagen. Die Mutter rief das Kind zurück, sie selbst aber wurde durch den Wagen umgehoben und erlitt erhebliche Wunden. Im Krankenhaus Weidenhofa wurde ihr alsbald Hilfe geleistet.

Der Tod auf der Straße. Am 17. d. Mts., Nachmittags, wurde auf der Tischpferstraße eine alte Frau plötzlich bewusstlos und starb nach kurzer Zeit. Die Leiche wurde in die Anatomie gefahren.

In das Polizeigefängnis wurden am 17. und 18. dieses Monats 92 Personen eingeliefert.

Gefunden wurden: ein Hornmarktsäckel, eine Reisbede, eine Pferdebede, ein Knabenjackett und ein Hüftmarktsäckel.

Abhandeln kamen: ein Ring mit grünem Stein und ein Portemonnaie mit 10 Mark.

Stabrat. Am 14. d. Mts. wurde in einer Wohnung auf der Rosenkranzstraße ein Einbruch verübt. Der Einbrecher erbeutete Bettwäsche, Handtücher, Servietten, ein halbes Duzend silberne Kaffeelöffel, ein vierreihiges Granatarmband sowie einen Granatarmband. Die gestohlenen Sachen sind gerichtet R. L. und R. K., auch R. B. Kermisch wird seit dem 16. d. Mts. der 17 Jahre alte Telegrammbote Richard Schaefer, Palmstraße 3.

Karambolage mit der Straßenbahn. Ein Dominialwagen rief am 18. d. Mts. Abends auf der Neuen Lanzenstraße mit einem Straßenbahnwagen zusammen, wobei das Rad des Wagens klappte, der Fahrer vom Bode geschleudert und die Deichsel gebrochen wurde.

Weghien wurden: aus einem Hause auf der Kerschstraße ein Kinderwagen mit silberfarbenerm Gestell und weißgelbem Stoff, von einem Kollwagen eine graue Plane.

Festgenommen wurde ein Dieb, der 180 Mk. und ein Fahrrad gestohlen hatte.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

Verband der Reiseurgeschiffen. Mittwoch, den 21. November (Buftag), Abends 7 1/2 Uhr: Zusammenkunft sämtlicher Vorstandsmitglieder und Bezirksführer im Vereinslokal. — Um 7 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Jeder Kollege ist hiermit eingeladen. Verbandslokal: Rotengasse 26, „Zur Stadt Wien“.

Kommune, Desoffler! Am Mittwoch (Buftag) Nachmittags 4 Uhr findet im „Bik auf der Döpel“, Kupferstraße 99 eine Zusammenkunft statt. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Tagesordnung ist ein vollständiges Erscheinen von Kollegen unbedingt notwendig. Der Vertrauensmann.

Zur Schlichen und Rosen.

Ohlau, 19. November. Eine öffentliche Versammlung der Zigarrenarbeiter und Arbeiterkammer, die von über 100 Personen besucht war, fand im Gasthaus „Zur Stadt Ols“ statt. Kollege Krenholz, der die Organisation in seinem Vortrage die Aufmerksamkeit auf die die Organisation noch mehr als bisher zu fördern. Am Schlusse seines Vortrages erbat die Lohnbewegung bei den Arbeitern und Arbeiterkammer die Unterstützung der Kollegen nicht als Arbeitswillige in den Rücken zu fallen. Wenn alle ihre Pflicht erfüllen, würde der Erfolg nicht ausbleiben. Der Sieg sei unser Sieg.

Unter Verschiedenem ging Kollege Müller noch einmal auf die Lohnbewegung ein, und kritisierte das Verhalten einiger „Christlichen“. Kollege Langner ermahnte die Anwesenden, sich nicht als Arbeitswillige herzugeben.

Wies, 20. November. Aktion, Zabarbeiter! Die Kollegen und Kolleginnen der hiesigen Firma Dresdner (Inhaber Paull) haben Montag wegen Nichtbefolgung der Forderungen, die für Koller pro 1000 von 0.40 Mk. bis 1 Mark, für Widelmacher von 0.45 Mk. bis 0.75 Mark betragen sollten, die Arbeit eingestellt. Die Arbeiter erklärten sich solidarisch.

Verhaftungen. * Diebstahl-Estabiliment. In der Sonnabend, den 24. November stattfindenden Nachmittagsvorstellung wird Frau Betty Will nochmals auftreten und ihre Gelangens-Parodie „Der Hauptmann von Köpenick“ zum Vortrage bringen.

Verhaftungen. * G. S. Im Auslande ist der Preusse nicht einkommensteuerpflichtig; aber rückständige Steuern können von ihm dort durch Pfändung beizugehen werden.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes. Dienstag, den 20. November.

	Heute früh 7 Uhr			Temp.-Ext.		Wetter
	Temp.	Wind	NBschl.	Max.	Min.	
Rosenthal b. Br.	6	E 1	0,1	15	6	wolkig
Neutchen DE.	6	SE 1	2	15	6	Neuen
Hahelshwerdt	5	E 2	1	13	6	wolkig
Mörlitz	4	E 3	4	9	5	heiter
Ostrowo	5	SE 1	0	13	5	wolkig

Verins - Kalender.

Breslau. Gewerkschaften. Dienstag, den 20. November: Bauerschläger. Mitglieder-Versammlung Abends 8 Uhr im Zimmer 8/4. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Mittwoch, den 21. November: Vortrag des Predigers Tschirn Abends 8 Uhr im großen Saale. Arbeiter-Katzenverein „Breslau“. Jeden Mittwoch: Vereinsabend.

Donnerstag, den 22. November: Zimmerer-Mitglieder-Versammlung Abends 7 Uhr im großen Saale.

Freitag, den 23. November: Gewerkschafts-Karteil. Abends 8 Uhr: Sitzung im großen Saale. Opfer-Verband. Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Sonnabend, den 24. November: Metallarbeiter-Verband. Großes Herbst-Kränchen. Buchbinder. Abends 8 Uhr: Vortrag über: „Ist die Geduld eine Tugend?“ Zimmer Nr. 2.

Sonntag, den 25. November: Große Volks-Versammlung Vormittags 11 Uhr im großen Saale. Buchbinder. Abends 8 1/2 Uhr: Literarisch-musikalischer Unterhaltungabend. Zimmer Nr. 2. Eintritt frei.

Sonntag, den 2. Dezember: 12. Volks-Kongress, veranstaltet vom Sozialdemokratischen Verein Anfang 8 1/2 Uhr. Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins: Distrikt 3 (Gräbischer Vorstadt).

Mittwoch, den 21. November, Vormittags 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder des Distrikts im Lokale Gräbischerstraße 44. Erprobung über die Redellen zur Stadtverordneten-Stichwahl im 24. Wahlbezirk. Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Der Distriktsführer. Mittwoch, den 21. November, Vormittags 9 Uhr: Bezirksführer-Zusammenkunft. Marken-Abrechnung, Ablieferung der noch ausstehenden Sammelkarten für die Stadtverordnetenwahlen. Jeder Bezirksführer ist verpflichtet, zu erscheinen.

Bezirk 3, 4 und 5. Dienstag, den 20. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Bahlabend. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Distrikt 14 u. 15 (Ostlager Vorst.). Mittwoch, den 21. November (Buftag) früh 9 Uhr: Zusammenkunft. Fortsetzung der Agitation.

Distrikt 6. Bezirk 10 u. 18. Mittwoch, den 21. November, Abends 7 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder. Bezirk 12 u. 14. Donnerstag, den 22. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im bekannten Lokal.

Distrikt 7 (Pöhlischer Vorst.). Bezirk 1 u. 8. Dienstag, den 20. d. Mts.: Zusammenkunft und Bahlabend. Erprobung über die Stadtverordneten-Wahlwahlen. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Die Bezirksführer.

Distrikt 8 (Oberst.). Dienstag, den 20. November, Abends 8 1/2 Uhr: Zusammenkunft der Mitglieder im Distriktslokal. Saal-Distrikt 2.

Den Bezirksführern zur Kenntnis, daß das Material zur „Vollmacht“-Agitation für Partei-Sekretariat abzuholen ist. Bezirk 10 u. 18. Donnerstag, den 22. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokal. Wichtig: Erprobung und Bahlabend. Der Distriktsführer.

Mein-Gebäude. Sonntag, den 2. Dezember: „Vollmacht“-Agitation. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Distriktsführer. Saal-Distrikt 6 (Bezirk Dörsch). Freitag, den 23. November, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft bei 50 Mann: Bezirksführerwahl.

Ohlau. Öffentliche Zabarbeiter- und Arbeiterkammer-Versammlung. Donnerstag, den 22. November, im Gasthaus „Zur Stadt Ols“. Tagesordnung: Der Kampf um das Recht. Referent: Frau P. J. J. Berlin.

Bauliche Veränderungen

zwingen mich, meine reich sortirten Läger auf das minimalste einzuschränken und habe ich mich entschlossen, meine Preise bedeutend herabzusetzen und veranstalte daher am

Donnerstag, Freitag, Sonnabend
extra billige
3 Verkaufstage.

Weisswaaren.

Weiss Bettamast Kissenbreite Mtr. jetzt 58 Pf.	Deckbettbreite Meter jetzt 95 Pf.
Weiss Wallis für Bezüge Kissenbr. Mtr. jetzt 50 Pf.	Deckbettbreite Meter jetzt 85 Pf.
Weiss Lakenleinen ganze Breite, 150 cm Meter jetzt 92 Pf.	
Weiss Lakendowlas 130 cm breit Meter jetzt 65 Pf.	
Weiss Piquébarchend schwere Qualität Meter jetzt 58 Pf.	
Weiss Linon pa. Qualität, für Leib- und Bettwäsche Meter jetzt 36 Pf.	
Weiss Reinleinen derbe Ware für Hemden Meter jetzt 68 Pf.	
Weiss Hemdentuch feinfädig, für Damenhemden Meter jetzt 45 Pf.	

Baumwollwaaren.

Bunt carrirte Züchen waschecht, pa. Qualität Meter jetzt 32 Pf.	Deckbettbreite Meter jetzt 78 Pf.
Inlett in rot oder gestreift Kissenbreite Mtr. jetzt 45 Pf.	
Schürzenleinen neueste Muster, 90 cm breit Meter jetzt 45 Pf.	
Hemdenbarchend doppelt gerauhte schwere Qualität Meter jetzt 30 Pf.	
Fancy (Futterbarchend) in grau oder braun Meter jetzt 28 Pf.	
Eiderflanell für Beinkleider und Röcke, helle Muster Meter jetzt 85 Pf.	
Velourbarchend zu Kinderkleidern Meter jetzt 32 Pf.	
Veloutine pa. Qualität für Blusen und Matinees Meter jetzt 68 Pf.	

Besonders preiswert!
ca. 800 Dtzd.

Weisse Batist-Taschentücher

mit Monogramm in allen Doppelbuchstaben vorrätig Stück **40 Pf.**

Unter-Röcke.

Tuch-Unterrock aus Halbtuch, mit 3 mal Tresse garnirt Stück jetzt 1 85
Tuch-Unterrock reine Wolle, eleg. garnirt Stück jetzt 3 65
Reinseid. Taffetrock alle Farben jetzt 12 50
Moirée-Unterrock mit Säumchen jetzt 4 25
Tuch-Unterrock hochelegant garnirt jetzt 8 75
Eiderflanellrock Pa. Qualität, gebort jetzt 2 25
Weisser Anstandsrock gebort jetzt 1 85

Tricotagen.

Tricotherrenhemd mit dopp. Brust jetzt 1 15
Tricotherrenbeinkleid schwere Qualität jetzt 1 25
Damen-Tricothemd Vorderschluss jetzt 1 28
Damen-Tricotbeinkleid alle Grössen jetzt 1 45
Dam.-Tricot-Reformbeinkleid in grau jetzt 3 45
Kinder-Tricot-Anzüge jetzt Stück von 58 Pf. an
Tricot-Unterröcke mit warmen Futter jetzt 2 20
Damen- u. Herren-Unterjacken jetzt 85 Pf.

Schürzen.

Hausschürze bunt, ohne Träger jetzt 65 Pf.
Hausschürze mit Träger, imit. Leinen jetzt 82 Pf.
Reformschürze (Extra billig) Stück jetzt 95 Pf.
Reformhänger in Leinen Stück jetzt 1 95
Schwarze Hausschürze ohne Träger jetzt 1 48
Zanella-Tändelschürze elegant garnirt jetzt 98 Pf.
Kinder-Reformschürzen Stück jetzt 75 Pf.
Tändelschürze weiss Batist, mit Einsatz jetzt 55 Pf.

Pelz-Colliers

in Nutria jetzt 5 50	in Tibet 9 00
in Nerzmurmel jetzt 6 25	in Mufflon 13 00
in Kanin jetzt 2 75	in Seabisman 19 00

Barchend-Wäsche

Barchendhemd für Männer 1 15
Barchendhemd für Frauen 1 10
Barchendhemd für Kinder 55 Pf.

Damen-Wäsche.

Damenhemd Priesenform mit Trimming aus Cretonne jetzt 1 10
Damenhemd mit handgesticktem Sattel aus pa. Hemdentuch jetzt 1 48
Damen-Façonhemd mit eleganter Stickerei aus Maccotuch jetzt 2 75
Damen-Barchendbeinkleid Croisébarchend, gebort jetzt 1 58
Damen-Beinkleid pa. Barchend, mit eleg. Stickerei garniert jetzt 2 50
Damen-Nachtjacke aus Barchend mit Trimming jetzt 1 65
Damen-Nachtjacke schwere Qualität, Barchend, gebort jetzt 3 25
Damen-Valenciennesrock mit 4 Einsätzen jetzt 8 50
Knaben- und Mädchenhemden in allen Grössen stets vorrätig.

Tisch- und Küchen-Wäsche.

Weiss Gerstenkornhandtuch mit Kante Stück jetzt 50 Pf.
Grau gestreift Küchenhandtuch Pa. Drell, 50x110 Stück jetzt 38 Pf.
Grau Militär-Handtuch 50x110 cm, reinleinen Stück jetzt 45 Pf.
Weiss Jacquard-Handtuch reinleinen Stück jetzt 65 Pf.
Weiss Damast-Handtuch 50x125 cm Stück jetzt 1 25
Tischtuch reinleinen Jacquard 130x130 Stück jetzt 1 95
Theegedeck für 6 Personen, weiss mit bunter Kante Stück jetzt 3 65
Essgedecke reinleinen, für 6 Personen 8 50 für 12 Personen jetzt 16 50
Rolltücher, Staubtücher, Polirtücher, Taschentücher.

Blousen

Velour-Blousen neueste Dessins jetzt 1 48
Flanell-Blousen Tennisstreifen jetzt 2 75
Reinw. Zibeline-Blousen ganz gefüttert jetzt 3 95
Sammet-Blousen modernste Farben jetzt 5 85
Reinseid. Taffetmousseline-Blousen jetzt 9 85
Reinseid. Japon-Blousen alle Farben jetzt 2 95
Eleg. Spitzen-Blousen reich garniert jetzt 7 25
Reinseid. Messaline-Blousen jetzt 11 85

Jackets und Paletots

Double-Paletots Stück jetzt 3 95
Astrachan-Paletots jetzt 7 45
Pa. Astrachan-Paletots mit Application jetzt 14 75
Pa. Astrachan-Paletots mit imit. Fehfutter jetzt 19 75
Abendmäntel in diversen Farben jetzt 9 85
Abendmäntel in Pa. Stoffen jetzt 12 75

Ein grosser Posten für das Alter v. 3-15 Jahren **Kinder-Kleidchen** bedeutend unter Herstellungswert.

Morgenröcke u. Matinees

Velour-Matinee neueste Dessins jetzt 3 75
Eiderflanell-Matinee in hell carrirt jetzt 2 95
Lammfell-Matinee alle Farben Gaihsafaçon jetzt 8 75
Morgenrock aus Velourbarchend jetzt 4 75
Reinwoll. Tuch-Morgenrock in bordeaux und marine jetzt 14 75
Lammfell-Morgenrock in einfarbig jetzt 15 75

Ein Posten Mädchen-Paletots für das Alter von 1-14 Jahren ganz bedeutend zurückgesetzt.

Schirme
Damenhüte
Kinderhüte

M. Schneider.

Gummischeuhe
Kapotten
Muffen

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 20. November.

Her mit dem Heimarbeiterschutz!

Abgründe von Elend und Jammer waren es, die vor wenigen Monaten in der Berliner Heimarbeiters-Ausstellung vor den Augen der gesamten zivilisierten Welt sich geöffnet haben. Gebeterisch fordern die himmelschreienden Mißstände in der Heimindustrie nach Abstellung.

In hunderten von Versammlungen, die morgen am Vortage auf Veranlassung der sozialdemokratischen Parteileitung und der Generalkommission aller Orten veranstaltet werden, soll vieltausendstimmig der Ruf nach einem gesetzlichen Heimarbeiterschutz erschallen. Hier in Breslau findet die Versammlung Abends um 8 Uhr im großen Saale der „Wilhelmsburg“ statt. Genossin Martha Liez aus Berlin wird referieren.

Arbeiter und Proletarierfrauen erscheint in Massen!

Der Achtstundentag und unser Magistrat.

Den Achtstundentag in den Denshäusern der Breslauer Gaswerke hat der Gemeindefabrikanten-Verband nun endlich, und zwar vom 1. Dezember d. J. ab erzwungen. Wie wir vom Bureau des Gemeindefabrikantenverbandes erfahren, ist in der gestrigen Sitzung des Ausschusses der Gaswerke von Vertretern der Behörde schriftlich die Erklärung abgegeben worden, daß am 1. Dezember mit der Achtstundenschicht begonnen werden wird. Auch Sonntags wird künftig nur 8 Stunden gearbeitet und deshalb eine vierte Wechsellösung gebildet werden. Fernerhin soll Sonntags ein Zuschlag von 1 Mark pro Schicht gewährt werden.

Auch den Handwerkern, Reparaturarbeitern, Füllern usw. der Gaswerke wird eine Lohnherabsetzung gewährt, leider aber erst vom 1. Juni ab. Doch glauben wir, daß diese Arbeiterkategorien sich nicht mit diesem späteren Termin vertragen lassen werden.

Endlich sind auch die Hofarbeiter der Gaswerke, wenn auch nur unwesentlich, im Lohne erhöht worden. Ganz abgemessen wurden dagegen die Laternenwärter, die doch ebenfalls zu derselben Verwaltung gehören. Gerade das aber muß zu denken geben. Denn die Laternenwärter sind sehr schlecht organisiert, die Gasarbeiter aber zu 85—90 Prozent. Ein Beweis, daß nur durch den Gemeindefabrikantenverband die Vorteile errungen sind und daß Unorganisierte gar nichts vermögen!

Hoffentlich ziehen auch die übrigen, schlecht organisierten Gruppen der städtischen Arbeiter, wie Promenadenwärter, Rärner und Straßenbahner die nötigen Lehren aus dieser Erfahrung. Wann werden wir von ihnen hören, daß dort der Achtstundentag eingeführt wird?

Gastwirte als Wähler.

Zu den angeleglichen Freunden der Arbeiter zählen sich bekanntlich mit Vorliebe die Gastwirte, d. h. so lange sie sich dadurch zu nichts verpflichten. Wie die Herren aber diese „Freundschaft“ z. B. bei Wahlen zum Ausdruck bringen, das beweisen wieder einmal die letzten Stadtverordnetenwahlen. So haben z. B. im 23. Bezirk ganze sechs Gastwirte unsern Kandidaten Mehrlein ihre Stimme abgegeben. Freisinnig wählten 3, konservativ 16 Wirt. Alle übrigen 85 Wirt haben durch Wahlenthaltung den Gegner unterstützt. Denn ihr Fernbleiben von der Wahl bedeutet ohne Zweifel eine Bevorzugung des Feindes. Hoffentlich befinden sich die Herren in der Stichwahl und beweisen durch Eintreten für den sozialdemokratischen Kandidaten, daß

ke wirkliche Freunde der Arbeiter sind! Denn nicht aus Ueberzeugung hat der größere Teil dieser Herren konservativ gewählt oder Stimmenthaltung geübt, sondern nur aus Furcht vor Herrn Weibe und der Polizei. Deshalb werden die Arbeiter des Nikolaistores jedenfalls einmal die Probe auf das Exempel machen, wie einst beim Saalhofstoll und sie werden versuchen, die Herren Restaurateure, da sie es selbst nicht können, von dieser Furcht vor der Polizei zu befreien. Die Bezirksführer werden am Donnerstag Nachricht erhalten, welche Gastwirte gegnerisch gewählt oder sich der Stimme enthalten haben.

*** Die Grenzen auf!** Der Vorstand des deutschen Städtetages hat bekanntlich an den Reichstag eine Eingabe wegen Doffnung der Grenzen für ausländisches Vieh eingereicht, um so die immer unerträglicher werdende Fleischlieferung wenigstens einigermaßen zu lindern. Dieser Eingabe wurden Gutachten einer Reihe von Schlacht- und Viehhofdirektoren, darunter auch desjenigen von Breslau beigefügt. Alle diese Autoritäten sind der Ueberzeugung, daß die Doffnung der Grenzen aus veterinären und sanitären Gründen unbedenklich sei. — Allen einsichtigen Menschen ist das schon etwas längst bekanntes. Bei der von den Agrariern abhängigen Regierung werden aber auch die Äußerungen von Autoritäten gar keinen Eindruck machen.

*** Die Fählung der leerstehenden Wohnungen.** von der wir hier Tage berichteten, findet am 21. d. M. durch das statistische Amt unter Mitwirkung der Polizeikommissariate statt, um das erforderliche Material zur Beurteilung der gegenwärtigen Lage des Wohnungsmarktes zu gewinnen. Für jedes bebauten Grundstück (ausschließlich für die eisenbahn- und militärischen Grundstücke, sowie für andere öffentliche und einzelne private Gebäude, in denen weder Wohnungen noch Geschäftslöale vermietet werden), ist ein Formular bestimmt, welches bis 22. d. M. von Schulpflichtigen abgegeben und am 28. d. M. abgeholt werden wird.

*** Zur Stichwahl im 23. Bezirk.** Für die Distrikte 4, 5, 6 und 7 des Sozialdemokratischen Vereins findet am Donnerstag, den 22. d. M., Abends 8 Uhr, bei König eine Bezirksführerzusammenkunft statt, in der das Agitationsmaterial für die Stichwahl ausgegeben werden soll. Es ist Pflicht aller Bezirksführer, zu erscheinen.

*** Für Gräbchen und die Gräbchener Vorstadt** findet am Vortage (Mittwoch, den 21. November), Nachmittags 4 Uhr, eine öffentliche Protestversammlung gegen die Fleisch- und Brot-Verteuerung im Lokale von Pförtner statt. Referent ist Genosse Albert. Es wird gebeten, überall die Männer und Frauen zum Protest aufzufordern.

*** In Groß-Lichansky** findet am Vortage, also Mittwoch, den 21. November, Nachmittags um 4 Uhr eine öffentliche Versammlung statt, die Protest erheben soll gegen die unerhörte Verteuerung aller Lebensmittel, unter der zur Zeit das ganze deutsche Volk schwer leiden muß. Genosse Neulirch-Breslau wird über das Thema „Brot- und Fleischwucher“ sprechen. Genossen! Sorgt für einen vollen Saal; vor allem bringt eure Frauen mit.

Zur Lohnbewegung der Konfektionsarbeiter.

Eine öffentliche Versammlung, die von den drei vereinigten Schneider-Verbänden einberufen war, fand gestern Abend für das Ober- im „Ballhof“ statt. Das Referat hatte diesmal der Vorsitzende des christlichen Verbandes, Herr Bergmann, übernommen, der die Notwendigkeit einer Lohnbewegung eingehend auseinandersetzte. In der Diskussion sprachen noch mehrere Mitglieder des deutschen Schneiderverbandes. Am Schluffe der Versammlung wurde bekannt gegeben, daß die letzte öffentliche Versammlung am kommenden Montag im Milde'schen Saale (vormals Wanzel), auf der Gräbchenerstraße stattfindet. Im gleichen Saale ist im Jahre 1896 der Streik beschlossen worden, und der Zufall will, daß in diesem Jahre wieder die ent-

stehende Versammlung dort stattfindet. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern werden also noch vor Weihnachten stattfinden. Für die Berufsangehörigen erdöcht nun die Pflicht, diese letzte Woche noch unermüdet für den Ausbau der Organisation zu arbeiten. Wir erinnern daran, daß 1896 in der Versammlung im Saale von Wanzel 600 Berufsangehörige ihren Beitritt zum deutschen Schneiderverbande vollzogen. Hoffentlich ist auch diesmal in letzter Stunde wieder ein ähnliches Resultat zu verzeichnen.

*** Die Genossen im 30. Wahlbezirk** werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie bei dem Gastwirt Platte auf der Vorkortstraße nicht gern gesehene Gäste sind, da bei ihm immer noch die Furcht vor ehemaligen Polizeischikanen vorherrscht. Als nämlich am 10. November unsere Wahlkeller in seinem Lokal mit seiner Genehmigung ihr Wahlbureau aufschlugen, entfernte er eigenmächtig die vor der Tür angebrachten Plakate: „Wahlbureau der Sozialdemokratischen Partei“. Ja, sogar das im Lokal selbst, an der Tür des Vereinzimmers angebrachte Plakat drehte er um, damit nicht etwa das Auge eines zufälligen Hineinkommenden Schutzmannes belästigt würde. Da Herr Platte auf die Vorstellungen unseres Wahlleiters erwiderte, wir könnten ja unser Bureau in einem anderen Lokale aufschlagen, besoraten unsere Genossen das bei Herrn Gastwirt Stiel, der seine Räume bereitwillig zur Verfügung stellte.

Eine fast dreifache öffentliche Volksversammlung fand am Sonntag im Lokale des Herrn Niewiedt in Opperau statt, zu der sich erfreulicherweise nicht nur dort und in der Umgebung wohnende Bau- und Handarbeiter, sondern auch eine Anzahl von Landarbeitern eingefunden hatten. Auch Frauen beteiligten sich in größerer Zahl an der Versammlung. Ueber die Hungervorkämpfer der Junter referierte Genosse Dars, dessen Ausführungen mit großem Beifall aufgenommen wurden. Nach einer längeren Debatte, die sich im Sinne des Referats bewegte, gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die Doffnung der Grenzen für die Vieh- und Fleischzufuhr und die Herabsetzung aller Lebensmittelpreise verlangt wurde.

*** Arbeitervertreter-Verein.** In der Sitzung des Vereins der Arbeitervertreter für die Arbeiterversicherung behandelte der Arbeitervertreter Brosig die Frage der Aufhebung der Kosten des Rentenverfahrens auf die Versicherten. Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist es zulässig, die Kosten den Versicherten aufzuerlegen, wenn es sich herausgestellt hat, daß die Kläger, um zu einer Rente zu gelangen oder Leistung erhöht haben wollen, zu ungesunden Mitteln greifen, direkt gesagt: simulieren. Solche Personen, die das tun, müssen folgerichtig auch die Konsequenzen tragen. Niemand wird dagegen etwas einzuwenden haben. Daß es Simulanten gibt, wird keinem zweifelhaft sein. Die Krankenkassen wissen leider ein Vieh davon zu finden. Der Vorwurf, daß wir Simulanten schützen wollen, kann uns nicht treffen. Andererseits aber glauben wir, daß jeder Versicherte das Recht hat, sich seine Rechte so gut wie er nur irgend kann, zu wahren und alles aufzubieten, um in den Genuss einer Rente zu kommen. In neuerer Zeit häuften sich die Fälle, bei denen die Versicherten zur Tragung der Kosten verurteilt wurden. Ob in allen diesen Fällen gewissenhaft geprüft wird, ob ein Versuch, die Behörden irrezuführen, vorliegt, muß mindestens bezweifelt werden, um so mehr, als in den Erkenntnissen des Schiedsgerichts gewöhnlich ohne nähere Begründung nur angeführt wird, der Kläger habe die Kosten zugahalten, weil er das Gericht durch sein Verhalten habe täuschen wollen. Aber wie oft haben sich die Behörden in dieser Beziehung nicht geirrt! Wie leicht kann auch ein Verurteilter nicht in den Verdacht der Simulation kommen, wenn es ihm nicht gelingt, seine Bekauptung zu beweisen. Brosig, Peterhansel und andere Vertreter führten einige Beispiele an. Ein Maurer aus Oberleschen ist im Betriebe schwer verunglückt. Er kommt in das Institut für Unfallverletzte. Die dortigen Ärzte attestieren, daß der Arbeiter nur 33 1/2 Prozent erwerbsfähig sei. Der Arbeiter behauptet aber, vollständig arbeitsfähig zu sein. Auf seine Kosten läßt er sich von zwei Ärzten untersuchen, die Ärzte halten eine Untersuchung mittels Röntgenstrahlen für notwendig und siehe da, der Mann hat einen Wirbelsäulenbruch. Das ist den Ärzten in der Unfallkation entgangen. Würde der Maurer diesen Nachweis nicht haben können, dann würde er jedenfalls als ein Simulant hingestellt worden sein. — Ein Telegraphenarbeiter erlitt durch einen schweren Betriebsunfall eine Gehirnerschütterung, es wurde ihm dafür eine Rente von 50 Prozent gewährt. Das Reiden verstimmete sich und bei dem vor dem Unfall kernaesunden Manne stellten sich epileptische Krämpfe ein, die ihn an heftiger Arbeit hinderten. Er verlangte die Vollrente. Er mußte sich einer Nachuntersuchung unterziehen, und auf das Urteil des beauftragten Arztes wurde er von der Berufungskommission abgewiesen. Er legte Berufung ein. Im schiedsgerichtlichen Verfahren wurde das Gutachten des Herrn Dr. Stempel eingeholt. Der Arbeiter mußte sich in das Krankenhaus „Bethlehem“ begeben, wo er zehn Tage zubrachte. In dieser Zeit traten seine Krampfanfälle ein. In der mündlichen Verhandlung vor dem Schiedsgericht wurde dem Kläger vorgehalten, daß sein Aufwand doch nicht so schlimm sein könne, wie er es behauptete. Dieser bemerkte dazu, daß er, wenn er Ruhe und Pflege genieße, von Anfällen be-

Genossen! Gedenket des Wahlfonds! Die Stichwahlen finden am 3. Dezember statt.

Aus aller Welt.

Genoig's Gossung. Der zum Tode verurteilte Raubmörder Genoig hat durch seinen Verteidiger, Rechtsanwalt Kennes-Vollbam, das Wiederannahmeverfahren beantragt. Genoig hofft, daß er bei einer zweiten Verhandlung nicht mit dem Tode bestraft werden, sondern mit lebenslänglicher Zuchthaus beaufschlagt wird. Ueber diese Beschwerde des Genoig ist beim Kammergericht verhandelt worden, und dieses hat entschieden, daß die Strafverurteilung bis zur Entscheidung über den Antrag auf Wiederannahme des Verfahrens ausgesetzt ist.

Des Hauptmanns von Albenitz Nachahmer. Ein Unbekannter in Majoruniform forderte am Sonntag Abend in Stuttgart den Posten vor der Schloßbrücke auf, die Wache herauszurufen. Als die Wache herandrang, ergriff er die Flucht und konnte von den nachgeschickten Patrouillen nicht eingeholt werden. — Ein Unbekannter plünderte die Gemeindefassen von Hesseim und Kleinleibschheim in der Pfalz, indem er sich auf dem Bürgermeisteramt als Geometer vorstellte und den Gemeindefassier unter einem Vorwand wegschickte.

41 Passagiere ertrunken. Der Dampfer „Dir“ wurde in Puget Sound (Washington) von dem Dampfer „Jennie“ gerammt und zum Sinken gebracht. 41 Passagiere sind ertrunken.

Selbstmordversuch eines Soldaten. Amlich wird gemeldet: Aus dem Personengang Berlin-Görlitz sprach kurz nach der Abfahrt von Station Niederschönweide-Johannisthal ein Mitarbeiter des 52. Regiments aus Coblenz nach der Angabe von Mitreisenden absichtlich aus dem Abteil und wurde schwer verletzt. Von Seiten der Eisenbahverwaltung wurde auf schnellstem Wege für die Ueberführung in das Garnisonlazarett Tempelhof besorgt.

Folgen des Sturmes. Während eines Sturmes, der am Sonntag Teile von Alabama, Mississippi und Louisiana heimgesucht hat, sind acht Personen ums

Leben gekommen und eine große Anzahl verletzt worden; viel Eigentum und die Saaten haben schweren Schaden gelitten. Viele Häuser sind vom Erdbeben zerstört oder teilweise zerstört. Einige Teile des Landes sind überschwemmt und die Eisenbahn- und Telegraphenverbindungen vielfach gestört. Es ist wohl möglich, daß die Zahl der Todesfälle sich später noch als größer herausstellen wird.

Wasserbruch in einem Tunnel. Bei dem im Bau befindlichen Tunnel der Pennsylvania-Eisenbahn unter dem East River, zur Verbindung von New York mit Long Island, ist auf der New Yorker Seite ein Wasserbruch erfolgt, wobei eine Menge Wasser eingebrungen ist. Von den dort beschäftigten Arbeitern ist einer ums Leben gekommen; die anderen konnten sich in Sicherheit bringen.

Von dem Ueberfall im Offenbahnstall wird aus Vordan weiter gebracht: Der Geschäftsführer Gollig, der in der Nähe des Bahnhofs lebensgefährlich verletzt aufgefunden wurde, ist seinen Verletzungen erlegen, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Die Polizei vermutet, daß Gollig im Zuge während des Schlafes überfallen, ausgeraubt und dann auf das Gleis geworfen wurde. Von den Verbrechen fehlt jede Spur.

Eine Agrarierhochzeit in den Zeiten der Not. Während die Arbeiterfrauen sich Sorgen, um mit dem geringsten Verdienst des Mannes auszukommen und sich den Kopf zu verdienen, wie sie das Wirtschaftsgeld einzuteilen sollen, feiert das vom Staate künstlich aufgeschöpfelte Großgrundbesitztum Abptge Feste. Der bürgerliche „Hof der Angeler“ melbet:

Stargard i. Pom. Eine Bauernhochzeit wurde kürzlich in einem Dorf in der Nähe von Stargard (Pom.) gefeiert. Die Zahl der Gäste betrug 150. Bezahlt wurden 150 Pfund Mehl, 50 Pfund Käse, 1 Schwein, 1 Kalb, 1 Huhn, 9 Gänse, 11 Hühner und der Kuchen von 2 1/2 Zentner Mehl. So lebt das agrarische Besitztum in einer Zeit, wo das arbeitende Volk den Hungergeheimen immer enger schmecken muß.

Es handelt sich natürlich nicht um einen kleinen Bauern, der läßt keine 150 Gäste ein, sondern um einen Großgrundbesitzer, die sich gerne als Bauern bezeichnen und besonders bei den Wahlen dem „Bruder Bauer“ vormachen, daß ihre Interessen die gleichen sind. Von den Hüllen, die von der Arbeiterklasse entrichtet werden, bracht das Agrarvermögen bei Gänzen, Kalben, Schweinen, Küdern, Rohen, Gänsen, Hühnern und Bergen von Hühnern. Die Arbeiter werden das Aufreihen, das in einer solchen kalonischen Hochzeit liegt, wohl verstehen.

Kleine Chronik. In Berlin erfolgt am Montag Nachmittags kurz vor der Spandauerbrücke ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen, bei dem elf Personen zu Schaden kamen. In der Vorkortstraße Neue Friedrichstraße hielt der mit einem Anhänger versehene Wagen Nummer 2731 der Linie 27 (Ballhof-Brick). Das Ein- und Aussteigen der Fahrgäste war noch nicht beendet, als vom Spandauer Markt her bei ebenfalls mit einem Anhänger versehene Motowagen 1471 der Linie 47 (Niederschönhausen-Brick) in starkem Tempo angefahren kam. Da der Führer nicht rechtzeitig bremste, fuhr er mit voller Wucht auf den noch haltenden Zug auf. Der Anhänger wurde hierbei auf seinen Motowagen geschoben. Elf Personen merkten sich, die teils durch Glas splitter, teils durch heftige Stöße verletzt worden waren und über Schmerzen klagten. Die Verletzungen schienen nur leichtere Natur zu sein, denn nur ein junger Mann erlitt die nächste Unfallstation auf. Die vier Wagen wiesen aber beratige Beschädigungen auf, daß sie sofort aus dem Verkehr gezogen werden mußten. — Einmalige feldlicher Waidenstellung ist der Kame-Hubayeser Schenkung bei Abnath entgültig. Die Passagiere blieben unverletzt. Eine Untersuchung wurde sofort eingeleitet. — Auf einer in Chicago abgehaltenen Versammlung von Richtern erklärte ein New Yorker Kriminalrichter, daß nach unzulässigen Feststellungen von letzten fünf Jahren nicht weniger als 45.000 Personen in den Vereinigten Staaten erkrankt sind. Der Richter sagte in seiner Rede, daß in einigen Jahren in Nordamerika mehr Personen durch Tuberkulose erkrankt als in Europa gestorben seien.

Zur Bekämpfung des Polentismus. Ist man jetzt in Berlin auf einen neuen „finanziellen Einfall“ gekommen. Es wird nämlich darüber gemeldet: Die das polnische Schulstreckgebiet wird jetzt auch die Gendarmerie des Berliner Vororts angeboten. Es ist bereits eine große Menge von Polizeibeamten nach dem Distrikt des Schulstreckes, besonders wo dieser einen großen Umfang annehmen hat, abkommandiert worden. Die Polizeisten werden zur Unterstützung der dortigen Gendarmerie herangezogen.

Wenn das nicht hilft, hilft gar nichts mehr.

Sterblichkeitsverhältnisse in Schlessen.

Nach dem unterm 8. h. Mts. herausgegebenen Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes zu Berlin über die Gesamtsterblichkeit in den 317 deutschen Städten und Orten mit 15,000 und mehr Einwohnern während des Monats September d. J. kommen auf je 1000 Einwohner auf 33,7 Tote zu berechnen, die Städte in folgender Reihenfolge: Neustadt 15, Stah, Hirschberg 16, Brieg, Görlitz, Glogau 18, Rattowitz, Grünberg, Reife, Myslowitz, Ratibor 19, Oppeln 20, Reichenbach, Zaborze, Breslau 22, Gletwitz, Laurahütte, Jabrze 23, Bunzlau 24, Reichenbach, Reichenbach, Alpin 26, Schwelbitz 27, Waldenburg 32, Langenbielau 33, Königshütte 34, Bogutisch 35, Schwelbitz 37. Wegen des vorangegangenen Wertjahres haben besondere Veränderungen nicht stattgefunden. Die Zahl der im ersten Lebensjahre gestorbenen Kinder betrug in Breslau 1132, Königshütte 273, Jabrze 193, Gletwitz 184, Görlitz 150, Reichenbach 142, Weutchen 139, Langenbielau 114, Schwelbitz 105, Schwelbitz 85, Rattowitz 77, Bogutisch 77, Jabrze 73, Oppeln 62, Waldenburg 55, Alpin 53, Reife 46, Ratibor 44, Brieg 43, Reichenbach 39, Glogau, Grünberg, Laurahütte 38, Myslowitz, Bunzlau 32, Stah 25, Hirschberg 24, Neustadt 21. In Langenbielau 35, Königshütte 34, in Breslau 354, Görlitz 38, Reichenbach 35, Ratibor 32, Königshütte 28, Gletwitz 26, Weutchen 21, Reife 21, Brieg, Rattowitz, Schwelbitz 19, Jabrze 18, Glogau 17, Neustadt 16, Oppeln 15, Bogutisch 12, Grünberg 12, Hirschberg 10, Bunzlau 8, Schwelbitz 7, Zaborze 7, Stah, Langenbielau, Waldenburg, Alpin 6, Reichenbach 4, Myslowitz 3, Laurahütte 2. In Breslau durchfallend und Darunterkattarh sind gestorben in Breslau 590, Königshütte 192, Gletwitz 134, Weutchen 107, Görlitz 100, Reichenbach 88, Jabrze 84, Schwelbitz 74, Langenbielau 46, Rattowitz 44, Oppeln 41, Bogutisch 39, Alpin 37, Zaborze 33, Reife 32, Grünberg 30, Ratibor 26, Schwelbitz, Myslowitz 25, Brieg, Glogau, Laurahütte 24, Hirschberg 20, Stah 19, Bunzlau 17, Reichenbach 15, Waldenburg, Neustadt 12. Todesfälle an Infektionskrankheiten waren in unserer Stadt 6 zu verzeichnen.

Vom „Nierenwater“ Dr. Dzierzon

halten wir vor einigen Tagen erzählt, welche vorzüglichste Antwort dieser frühere leitende Pfarrer dem Breslauer Fürstbischof Heinrich Fiedler gab, als dieser ihm zumute, sich zu dem Glauben an die Unschärft des Papstes zu bekennen. Unter Bezugnahme auf unseren Artikel wird der Berliner „Volksweltung“ von einem Eingeweihten über Deutschlands berühmtesten Jäger die interessante Lausache mitgeteilt, daß Dr. Dzierzon nicht als „Häretiker“, sondern mit der Kirche verbunden, gestorben ist. Oben 1905 hat er nach dem Ortsgeistlichen von Sokołowitz, Kreis Kreuzburg, verlangt und aus dessen Hand die Sakramente empfangen. Er muß demnach seinen Standpunkt aufgegeben haben. Daß bei einem Manne von Dr. Dzierzons Bedeutung von verschiedenen Seiten, wenn auch ohne Erfolg, Versuche gemacht worden waren, ihn mit der Kirche auszusöhnen, ist leicht anzunehmen. Es ist auch erwiesen. Die Möglichkeit, daß Dr. Dzierzon in seinem hohen Alter den Wunsch zur Ausöhnung äußern könnte, muß der Kardinal jedenfalls im Auge gehabt haben. Dies läßt schließen, daß er den Pfarrer von Sokołowitz mit entsprechenden Vollmachten im Voraus versehen hatte, da es ja leicht zu spät hätte sein können, wenn im letzten Augenblicke erst der Bischof benachrichtigt worden wäre, der allein von der „Säresie“ losprechen kann. Die Kirche hat, wie bekannt, ein großes Talent zum Warten. Auch in diesem Falle hat sich dies ihr Talent bewährt. Günstig finden solche „Ausöhnungen“ statt zu einer Zeit — meist kurz vor dem Tode —, wo die Geistesklarheit und die Willenskraft an ihrer frühesten Entschiedenheit Erlinbe erlitten haben. Die Kirche schätzt aber solche Ausöhnungen stets sehr hoch, weil sie sich einen derartigen Akt als Triumph über eine einzelne Seele auslegt.

Arbeiterorganisationen in den Ostmarken.

so schreiben die bürgerlichen Zeitungen schon seit einigen Jahren im Namen ihrer Interessenten, der Unternehmer. Zwar haben sie nicht etwa begriffen, daß die eisenen Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Ostmark einer Verbesserung bedürfen, denn für diesen Zweck sind ja bereits in den freien Gewerkschaften die geeigneten Arbeiterorganisationen vorhanden, die mit Eifer und Erfolg ihrer Aufgabe nachgehen. Nach Konkurrenzorganisationen schreit vielmehr die bürgerliche Presse, die den freien Gewerkschaften entgegen arbeiten sollen, und als ihre besonderen Lieblinge werden die konfessionellen Arbeitervereine protegiert. Mit Wehagen wird zur Zeit eine Notiz der „Ostpreussischen Korrespondenz“ nachgedruckt, nach der in Bromberg die Sozialdemokratie durch den evangelischen Arbeiterverein und seinen Sekretär Krug „in ganz überraschender Weise total lahmgelegt“ worden sein soll. Damit ist aber der Ruf nach diesem Verein noch nicht erschöpft, ebenso wichtig ist vielmehr, daß er bei Wahlen „die Referate des Deutschtums“ darstellt.

Die agenden der betreffenden Blättern gern ihre Freude über Krug und Konstanten, sie wird selber bloß von allzu kurzer Dauer sein. Die Sozialdemokratie ist denn doch schon von ganz anderen Dingen, togegeschlagen, totgeredet und totergeschrieben worden, als von Krug und der Konstanten Prävingspfeife, und sie ist dabei recht gut vorbereitet gekommen. Eins aber ist für uns recht wichtig, daß die Arbeiterbewegung durch die bürgerliche Presse so vornehmlich über den wahren Wert und Zweck jener Arbeiterorganisationen aufgestellt wird. Das wird uns bei unserer Agitation noch recht gute Dienste leisten, und wir werden alle Kräfte in die Hand nehmen, um ihren Einfluß abzuwenden, die im Mantel der christlichen Liebe zu ihnen kommen.

Das Recht des prügelnden Lehrers.

Der Sohn des Sattlermeisters Wilbert zu Kattitz hatte den Stadtschulthei Stogel, der nicht sein Klassenlehrer war, dadurch gequält, daß er nahe seiner Wohnung auf einer Steinplatte lärmend hüll und trotz seines Verbots das Pfeifen liebhaft fortsetzte. Der Knabe soll auch die Jünge gequält haben. Der Junge nahm an, dieser Lehrer hätte ihm recht, wo er nicht mehr in seiner, sondern in einer anderen Klasse wäre, nicht mehr zu sagen gehabt. Am nächsten Tage drückte Stogel den Jungen in der Schule. Ein Arzt stellte fest, daß der Knabe in verschiedenen Stellen fest. Der Vater klagte darauf gegen den Lehrer und das Amtsgericht erließ ein solches Hauptverfahren wegen Körperverletzung. Die Regierung zu Oppeln erbot jedoch den Knaben und verlangte gütliche Einleitung des Verfahrens gegen den Lehrer, weil er sich bei der Bestätigung im Rahmen seiner Amtsbefugnis gehalten habe und nicht strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden könne. Einem Lehrer habe das Recht zu, auch solche Kinder seiner Schule zu strafen, die nicht in der Klasse lärmten, bei er im Augenblicke höfliche. Die Strafe ist auch eine verdienten gewesen. Das die Knabe

Interesse einer bescheidenen und doch nützlichen Einwirkung der alten Pfaffen auf die in ihrer altschuldigen Abkehrung an die öffentlichen Kassen erwünscht. Die letzteren sind angewiesen worden, die finanziellen Wünsche nicht nur in Zahlung, sondern auch zur Umwechslung von Lebermark anzuwenden und dabei etwaigen Wünschen nach Umlauf gegen andere Wägen tunlichst zu entsprechen.

Im Stadttheater findet heute, Dienstag, eine Wiederholung von Shakespeares Trauerspiel „Hamlet“, Prinz von Dänemark“ in der Besetzung der ersten Aufstellung statt. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr. Am Mittwoch bleibt das Theater geschlossen. Am Donnerstag wird die Vorstellung von der Oper als „Riguar“ gahieren. Freitag findet eine Aufführung von Richard Strauß' „Waldrausch“ in der Oper als „Riguar“ gahieren. Samstag gastiert die Oper von der Oper als „Riguar“ gahieren. Sonntag findet eine Aufführung von Richard Strauß' „Waldrausch“ in der Oper als „Riguar“ gahieren. Montag findet eine Aufführung von Richard Strauß' „Waldrausch“ in der Oper als „Riguar“ gahieren.

Im Theater findet heute, Dienstag, eine Wiederholung von Shakespeares Trauerspiel „Hamlet“, Prinz von Dänemark“ in der Besetzung der ersten Aufstellung statt. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr. Am Mittwoch bleibt das Theater geschlossen. Am Donnerstag wird die Vorstellung von der Oper als „Riguar“ gahieren. Freitag findet eine Aufführung von Richard Strauß' „Waldrausch“ in der Oper als „Riguar“ gahieren. Samstag gastiert die Oper von der Oper als „Riguar“ gahieren. Sonntag findet eine Aufführung von Richard Strauß' „Waldrausch“ in der Oper als „Riguar“ gahieren. Montag findet eine Aufführung von Richard Strauß' „Waldrausch“ in der Oper als „Riguar“ gahieren.

Aus den Gerichtssälen.

Gewerkschaftsbeamte wegen Aufreizung verurteilt.

Ein Urteil im Verbandorgan der Gasenarbeiter brachte dem Verbands-Vorstand Döring und dem Bezirksleiter des Gasenarbeiter-Verbandes, Schlüter, eine Anklage wegen angeblichen Vergehens gegen den § 130 ein. In leidenschaftlicher Weise kritisierte der Artikel die unheimlich sich mehrenden Anklagen wegen Aufreizung. Er schilderte den politischen Verfall der ständig wachsenden Reaktion des deutschen Bürgertums und seinen Byzantinismus. Der Artikel zeigte weiter den Klassenkampf und Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie und forderte die Arbeiter im allgemeinen, die Gasenarbeiter aber im besonderen zur Organisation auf. Wegen dieses Artikels wurden Genosse Döring als verantwortlicher Redakteur und Genosse Schlüter als „Verfasser des Artikels“ am 10. April 1906 vom Landgericht in Hamburg wegen angeblicher Aufreizung zu einer Geldstrafe verurteilt. Genosse Döring hatte erklärt, daß er den Artikel angenommen habe, da er aus ihm keine Aufreizung herausgesehen habe, worauf das Urteil damit antwortet, daß er durch Aufnahme dieses Artikels — als Vorstandsmitglied des Gasenarbeiter-Verbandes — die Aufreizung gegen den Erfolg der Aufreizung gegen den Kapitalismus gewollt habe. Genosse Schlüter bestritt, der Verfasser des Artikels zu sein. Das Gericht aber, das ihn als den Verfasser betrachtete, begründete seine Verurteilung damit, daß der Artikel mit den imitalen Christen Schlüters, mit E. Sch. gezeichnet sei und daß es schon ein selbstiger Zufall sein müsse, wenn ein anderer auch dieselben Buchstaben wähle. Dazu käme, daß unter diesem E. Sch. Schlüter schon früher Artikel im „Gasenarbeiter“ veröffentlicht habe. Dann aber seien bei der Hausdurchsicht in Schlüters Wohnung Manuskripte gefunden worden, die mit dem Inhalte des Artikels übereinstimmten. Außerdem hätte doch Schlüter, wenn er selbst nicht der Verfasser sei, diesen doch kennen müssen.

Die vom Genossen Schlüter eingeleitete Revision hebt hervor: Das Landgericht habe nicht genügend festgestellt, daß der Artikel beim Leser eine gefährliche Stimmung hervorgerufen habe. Das Gericht habe nur einzelne Stellen, die nur bildlich gemeint seien, wie „mit allen Mitteln“ — „Kampf bis aufs Messer“, hervorgehoben. Während der Artikel im Zusammenhang das Gegenteil von Aufreizung erkennen lassen. Da wurde gesagt, daß man sich infolgedessen genaugen zu haben scheine, als man vor einigen Jahren alles, was man nicht befehligen konnte, als großen Unfug ausgelegt habe, während man anstelle dessen den Aufreizungs-Paragrafen anwenbe. Es müsse etwas sein im Sinne Dänemark, wenn es keine Kritik mehr ertragen könne. Ein Staatsanwalt auf gesunder Grundlage müsse eine kräftige Kritik betragen können, und nur durch diese komme es vorwärts. Der Artikel schließt, indem er sagt, daß die Theorie und Praxis der Kampfesweise unüberändert bleiben werde wie bisher, zum Nutzen und Vorteil des Verbandes und seiner Mitglieder. Von dieser Tatil werde man sich nicht abbringen lassen, — trotz der Anklagen wegen Aufreizung.

Der dritte Staatsanwalt des Reichsgerichts verwarf die Revision des Genossen Schlüter. Die Gewerkschaftsbeamten bleiben also wegen angeblicher Aufreizung zum Klassenhaß verurteilt.

In Dörfelbach gestohlen, in Dörfelbach zurückgekauft.

Vor der dritten Breslauer Strafkammer hatte sich am Montag der frühere Urstammesführer Richard Sorge wegen Diebstahls zu verantworten. Vor Jahren hatte er das Unglück, von Tropen abzuführen, wobei er sich die Anteiheide des linken Beines vermerktete. Das Bein blieb seit und Sorge wurde sein Weiser aufgeben. Infolge der nun eintretenden Mitkloßigkeit geriet er bald auf die Bahn des Verbrechens. Mehrere Verbrechen brachte ihm lange Strafen ein. Im Jahre 1892 wurde er zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, die er in Waldheim in Sachsen verbüßte. Während der letzten beiden Jahre dieser Strafen trat er mit der Bekämpfung herbei, daß er an Sinnesstörungen lide. Inzwischen wurde er oft Verurteilungen haben. Er wurde deshalb häufig als Abwarte kund, bis zur Beendigung der Strafe, in der Strafbefreiung, der Strafantritt untergeordnet. Nach seiner Entlassung ging er nach Dörfelbach. In Wien wurde er wieder wegen eines Straftat verurteilt. Er kam wieder in eine Strafbefreiung und nach mehrerer Anwesenheit wurde das Verfahren wider ihn wegen Minderjährigkeitsfähigkeit eingestellt. Hiermit kam er nach Breslau, wo er einen gewissen Einfluß gewann und einen gewissen Wohlstand beging. In einer früheren Verhandlung waren die Sachverständigen über seinen Gesundheitszustand einig. Es wurde deshalb ein Gutachten eingeholt, das in der ersten Verhandlung von Hof. Dr. S. o. u. f. o. l. l. e. r. erlassen wurde. Dieser hielt den Angeklagten zwar für geistig mündig, aber nicht in dem Maße, daß bei Begehung der Tat seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen sei. Daraufhin wurde das Urteil auf 3 Jahre und 6 Monate Zuchthaus, und zwar in der ersten Verhandlung.

fest sei. Diese sich aber einrichten, wenn er erwidern müßte. Das wurde ihm nicht geglaubt, er wurde abgewiesen und muß obendrein die Kosten für das Gutachten des Dr. S. o. u. f. o. l. l. e. r. und für die Krankenbehandlung mit 38,85 M. bezahlen. Er wurde als Schuldner anzuweisen. Wie wir hören, hat das Reichsversicherungsamt die Kostenzahlung aufgeboden.

Auf das Gutachten des Dr. S. o. u. f. o. l. l. e. r., das der Kläger beigebracht hatte, wurde nicht reagiert. — Im weiteren lauschten die Vertreter ihre Erfahrungen auf dem Gebiete der Schwere und auf die absteigende Tendenz der Rentenbewährung aus. Es wurde vorbracht, daß es für den Verlust eines Ringers keine mehr gäbe, sobald der Arzt konstatiert hat, daß der Verletzte an dem Zustand sich gewöhnt hat. So ist z. B. einem Schmirer, der im Betriebe der Hingefänger der rechten Hand und einem Ederbitter, der den Ringfinger der linken Hand eingebüßt hat, die Rente entzogen worden, die Ärzte erklärten einfach, sie seien nicht mehr erwerbsfähig. Ringer, Hand- oder andere Verletzungen, die der Rent unter 10 Prozent lastet, werden nicht entschädigt. Es kommen da recht seltsame Dinge vor. Nämlich bezeichneter Dr. S. o. u. f. o. l. l. e. r., dieser Mann sei durch den Finger um höchstens neun Prozent erwerbsbeschränkt. Er wurde daraufhin abgewiesen.

Wittere Klagen wurden über das Verhalten des Schiedsgerichtsvorsitzenden, Herrn Geheimen Regierungsrat Paul, in den Struppen laut. Ich bin doch nicht hier, um die Berufsangehörigen zu belästigen, oder, wenn die Weisung auf die Verweisung der Klagen dringen, ich kann es der Berufsangehörigen nicht verbieten, wenn sie hiergegen Recurs einlegen. Die Vertreter der Berufsangehörigen haben bei dem Vorsitzenden nicht nötig, zu sprechen. Die Weisung wurden dringend ermahnt, mehr als bisher ihre Pflicht zu tun und das Interesse der Kranken und kranken Arbeiter zu wahren.

Kommunale Praxis. Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt. Herausgeber: Dr. A. Eidelmann-Berlin, Verlag Paul Singer-Berlin. Aus dem Inhalt der vierten Nummer (Nr. 40) der Zeitschrift heben wir hervor: Artikel über die Minderjährigkeit in Köln und über die Leistungen der liberalen Stadtverwaltung in Kassel. Problemnummern der Zeitschrift sind fortgesetzt vom Verlage der kommunalen Praxis, Berlin W., zu beziehen. — Man muß es sehen, um es zu glauben, — nämlich wie das Stadtverordneten-Kollegium in Kassel zusammengesetzt ist. In einem Artikel der „Kommunalen Praxis“, der sich mit den Mutterleistungen der liberalen Stadtverwaltung in Kassel befaßt, lesen wir, daß nicht weniger als 16 Herren im Kasserer Stadtverordnetenkollegium sitzen, die vor ihrem Namen einen Titel mit der Einleitung „Königlich preussischer“ führen; dazu kommen mehr als ein halbes Dutzend Nummernmeister, Architekten, Schreinermeister, endlich Fabrikdirektoren, Fabrikanten, Bankiers, Kaufleute, Hotelbesitzer und Rentner. Bei einer solchen Zusammensetzung eines Stadtverordnetenkollegiums, die nur unter dem vermittelten Kommunalrecht in Preußen-Deutschland möglich ist, kann man sich auf allehand gefaßt machen. In einem Falle in Köln, der ebenfalls in der „Kommunalen Praxis“ ausführlich geschildert worden ist, wird gezeigt, wie die Minderjährigkeit führt. Es steht fest: mit der kommunalen Minderjährigkeit ist die Gefahr einer schamlosen kommunalen Korruption untrennbar verbunden, und wer die Korruption ausrotten will, muß die Demokratisierung der Gemeindeverwaltung erstreben.

Das Schulgeld an den Fortbildungsschulen. Der Minister für Handel und Gewerbe hat betreffs der Zahlung und Rückzahlung von Schulgeld an gewerblichen Fortbildungsschulen bestimmt, daß künftig in den Schulprogrammen darauf hingewiesen werden soll, daß das Schulgeld durch den Eintritt in die Schule für ein halbes Jahr fällig wird. Daran ändert sich der Umstand nicht, daß es zulässig ist, das Schulgeld in zwei Raten zu entrichten. Da bei der Erhebung des Schulgeldes nicht überall gleichmäßig verfahren wird, soll ferner die erste Rate des halbjährigen Schulgeldes am Tage des Schulbeginns, die zweite Rate in den ersten acht Tagen des nächsten Vierteljahres eingezogen werden. Zur Vermeidung von Streitigkeiten, ob die wegen Nichtzahlung des Schulgeldes von der Schule Verurteilten ebenso zu behandeln sind, wie die wegen Nichtzahlung der Schulgelder Ausgewiesenen, ist die Bestimmung getroffen worden, daß erstere nicht in die Liste der Ausgewiesenen aufzunehmen sind.

Ermäßigung einer Polizeigebühr. Eine Ermäßigung einer Gebühr der Post ist jetzt vom Staatssekretär des Reichs-Postamts in Vertretung des Reichskanzlers angeordnet worden. Die Gebühr für das Abtragen der Postanweisungen und die Gebühr für die Briefe mit Wertangabe nach dem Reichsgebiet betragen 10 Pfennige für das Stück. Diese Gebühr wird auf 5 Pf. für das Stück ermäßigt. Die Herabsetzung wird am 1. Dezember eingeführt. Die Gebühr für das Abtragen der Postanweisungen und der Briefe mit Wertangabe im Reichsgebiet wird dann mit der Ortsbezugsgebühr gleichgestellt. Damit wird eine der Ungleichheiten des Postgesetzes beseitigt. Die Befreiung von der Zahlung von Posten. Aber ist bekanntlich das Postgeld nach der Klasse der bestellenden Postanstalten abgezogen. Es dürfte nur eine Frage der Zeit sein, wann auch für Posten ein und dasselbe Postgeld für das ganze Reichsgebiet eingeführt würde.

Eine doppelte Fleischschau. Ueber die Nachuntersuchung von Fleisch in städtischen Schlachthäusern hat der Bundesminister eine wichtige Entscheidung getroffen. Eine Stadtgemeinde hatte beschlossen, alles von außerhalb eingeführte frische Fleisch noch einmal in städtischen Schlachthäusern durch den Tierarzt der Stadt untersuchen zu lassen. Diesem Beschluß hat der Reichsminister seine Genehmigung verweigert. Durch das Fleischschaugesetz wäre die Untersuchung einheitlich geregelt. Unter dieses Fleisch dürfte auch in Gemeinden mit Schlachthausverwaltung nur dann untersucht werden, ob es irgendwo verdorben ist oder sonst eine gesundheitsgefährliche Veränderung seiner Beschaffenheit erlitten hat. Es wäre ferner, daß ein Untersuchungsamt für bereits amtlich herangezogene unterzeichnete Fleisch der Anordnung durch Gemeindebehörden in Schlachthausgemeinden in vollem Umfang einzuwirken ist und daß die bestehenden Gemeindebehörden über einen solchen Untersuchungsamt für betriebsmäßig Fleisch jede Geltung verlieren haben. Den dagegen eingelegten Rekurs hat der Bundesminister als unbegründet zurückgewiesen.

Zoologischer Garten. Das junge weibliche Doppelschhorn blüht in Breslau. Unser Garten hat dadurch eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges in seinen seltenen Tiergärten aufgenommen, die sicher nicht verbleiben wird. Das Interesse letzterer Artzie zu erregen. So lautet, wie das Mädchen bei seiner Ankunft benannt wurde, befindet sich augenblicklich wohl und erwidert noch wie vor einem gefunden Abbett. Ihre Mitgenossen hat bereits von 8 auf 10 Uhr pro Tag erhöht werden müssen, um herab zu sehen die noch ansehnliche Stangen eines aus gelötetem Blei und Weizenkörnern hergestellten Käfiges, sowie mehrere Reagenzgefäße und Lampen. Zur Nacht zieht das Tier sich noch immer in seinen Transportkäfig zurück, während es am Tage die in jedem Gedränge unbehindert. In weiteren Stadien der Entwicklung in Fruchteremplaren betreten. Rechtschaffenheit hat zur Zeit behabers der männliche Tier aus dem Stammlager, der sich in einem prächtigen Wintergefäß befindet, so wie das männliche Tier in der Art mit seinen drei entworfenen Holzstamm. Im Vogelhaus findet neben der Menge der interessanten Vogel auch die hübsche Kollektion von Erythronium und anderen hübschen Pflanzen der Bedeutung seitens der Besucher.

Die neuen 1/2 Markstücke. Nachdem ein angesehener Betrag von Staatsanleihen mit dem neuen 1/2 Markstücke hergestellt und dem Verkehr zugeführt worden ist, sollen die in den nächsten Tagen folgenden Stücke ausgegeben werden. In

Deutscher Reichstag.

121. Sitzung, Montag, den 19. November, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsliche Graf Posadowsky, Freiherr von Stengel.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die beiden Interpellationen über die Fleischsteuerung.

Graf Posadowsky erklärt im Namen des Reichstages, daß dieser die Interpellationen im Laufe der nächsten zwei Wochen zu beantworten gedenke.

Auf der Tagesordnung steht ferner die Interpellation Speck (Hr.) über die

Verwendung der als Futtergerste verzollten Gerste als Malzgerste.

Reichstagssekretär Frh. v. Stengel erklärt im Namen des Reichstages, daß dieser zur Beantwortung der Interpellation bereit sei, sobald die Erhebungen abgeschlossen seien.

Es folgt die erste Beratung der Vorlage, betreffend die Erhebung der Höchstzulassung für neuere Brenneren oder sich vergrößernde Brenneren von 80,000 auf 50,000 Liter.

Abg. von Brochhausen (Konf.): Wir werden für das Gesetz stimmen, durch welches die Bevorratung der neuen Brenneren vor den bestehenden befristet wird.

Abg. Speck (Zentrum): Auch wir sind ja für das Gesetz, möchten aber bei dieser Gelegenheit die alte Forderung der Aufhebung der Rückvergütung der Malzschlichter erheben.

Abg. Dr. Paasche (natlib.) will einer Kommissions-Beratung nicht gerade widersprechen, hält sie aber nicht für notwendig.

Abg. Warm (Sozialdemokrat): Wir sind für Kommissionsberatung. Die ganze Vorlage bezweckt nur, den heutigen Zustand zu erhalten.

Reichstags-Sekretär Freiherr von Stengel bittet das Haus, von einer Kommissionsberatung abzusehen, da ja doch beabsichtigt werde, womöglich noch in diesem Jahre den ungenutzten Rückvergütung wegen Verringerung der Malzschlichter Verwendung von denaturiertem Spiritus wird die volle Aufmerksamkeit zugeleitet.

Abg. Dr. Paasche (natlib.) will einer Kommissions-Beratung nicht gerade widersprechen, hält sie aber nicht für notwendig.

Abg. Warm (Sozialdemokrat): Wir sind für Kommissionsberatung. Die ganze Vorlage bezweckt nur, den heutigen Zustand zu erhalten.

Reichstags-Sekretär Freiherr von Stengel bittet das Haus, von einer Kommissionsberatung abzusehen, da ja doch beabsichtigt werde, womöglich noch in diesem Jahre den ungenutzten Rückvergütung wegen Verringerung der Malzschlichter Verwendung von denaturiertem Spiritus wird die volle Aufmerksamkeit zugeleitet.

Abg. Dr. Paasche (natlib.) will einer Kommissions-Beratung nicht gerade widersprechen, hält sie aber nicht für notwendig.

Abg. Warm (Sozialdemokrat): Wir sind für Kommissionsberatung. Die ganze Vorlage bezweckt nur, den heutigen Zustand zu erhalten.

Reichstags-Sekretär Freiherr von Stengel bittet das Haus, von einer Kommissionsberatung abzusehen, da ja doch beabsichtigt werde, womöglich noch in diesem Jahre den ungenutzten Rückvergütung wegen Verringerung der Malzschlichter Verwendung von denaturiertem Spiritus wird die volle Aufmerksamkeit zugeleitet.

Abg. Dr. Paasche (natlib.) will einer Kommissions-Beratung nicht gerade widersprechen, hält sie aber nicht für notwendig.

Abg. Warm (Sozialdemokrat): Wir sind für Kommissionsberatung. Die ganze Vorlage bezweckt nur, den heutigen Zustand zu erhalten.

Reichstags-Sekretär Freiherr von Stengel bittet das Haus, von einer Kommissionsberatung abzusehen, da ja doch beabsichtigt werde, womöglich noch in diesem Jahre den ungenutzten Rückvergütung wegen Verringerung der Malzschlichter Verwendung von denaturiertem Spiritus wird die volle Aufmerksamkeit zugeleitet.

Abg. Dr. Paasche (natlib.) will einer Kommissions-Beratung nicht gerade widersprechen, hält sie aber nicht für notwendig.

Abg. Warm (Sozialdemokrat): Wir sind für Kommissionsberatung. Die ganze Vorlage bezweckt nur, den heutigen Zustand zu erhalten.

Reichstags-Sekretär Freiherr von Stengel bittet das Haus, von einer Kommissionsberatung abzusehen, da ja doch beabsichtigt werde, womöglich noch in diesem Jahre den ungenutzten Rückvergütung wegen Verringerung der Malzschlichter Verwendung von denaturiertem Spiritus wird die volle Aufmerksamkeit zugeleitet.

Abg. Dr. Paasche (natlib.) will einer Kommissions-Beratung nicht gerade widersprechen, hält sie aber nicht für notwendig.

Abg. Warm (Sozialdemokrat): Wir sind für Kommissionsberatung. Die ganze Vorlage bezweckt nur, den heutigen Zustand zu erhalten.

Reichstags-Sekretär Freiherr von Stengel bittet das Haus, von einer Kommissionsberatung abzusehen, da ja doch beabsichtigt werde, womöglich noch in diesem Jahre den ungenutzten Rückvergütung wegen Verringerung der Malzschlichter Verwendung von denaturiertem Spiritus wird die volle Aufmerksamkeit zugeleitet.

Abg. Dr. Paasche (natlib.) will einer Kommissions-Beratung nicht gerade widersprechen, hält sie aber nicht für notwendig.

Abg. Warm (Sozialdemokrat): Wir sind für Kommissionsberatung. Die ganze Vorlage bezweckt nur, den heutigen Zustand zu erhalten.

Reichstags-Sekretär Freiherr von Stengel bittet das Haus, von einer Kommissionsberatung abzusehen, da ja doch beabsichtigt werde, womöglich noch in diesem Jahre den ungenutzten Rückvergütung wegen Verringerung der Malzschlichter Verwendung von denaturiertem Spiritus wird die volle Aufmerksamkeit zugeleitet.

Abg. Dr. Paasche (natlib.) will einer Kommissions-Beratung nicht gerade widersprechen, hält sie aber nicht für notwendig.

Abg. Warm (Sozialdemokrat): Wir sind für Kommissionsberatung. Die ganze Vorlage bezweckt nur, den heutigen Zustand zu erhalten.

Bauarbeiter soll danach unterjagt werden, wenn geblühe aus Mangel an technischer Befähigung oder Gerichthlosigkeit resultierende Verfälle vorgekommen sind; die Bauunternehmer und Bauherren sollen folglich zur Einwirkung und Unterhaltung der Schutzvorschriften verpflichtet werden; Normalvorschriften für Sicherheitsvorrichtungen sollen vom Reichsversicherungsamt erlassen werden, wobei zur Festsetzung dieser Vorschriften gewählte Vertreter der Unternehmer und Arbeiter des Baugewerbes zu gleichen Teilen zuzuziehen sind.

Abg. Trimborn (Zentr.) beantragt, daß die Verbänderten Regierungen sich über die gleichmäßige Durchführung eines obligatorischen gewerblichen Vorbildungs-Unterrichts verständigen.

Abg. Trimborn (Zentr.): Detaillierte Vorschläge zur Einführung eines allgemeinen Berufsbildungsnachweises sind in der Kommission nicht zu Tage getreten.

Abg. v. Posadowsky: Dem Bundesrat wird in den allerersten Tagen eine Gesetzesvorlage zugehen, in der das Recht zur Ausbildung von Lehrjungen an die Erwerbungs des Meistertitels gebunden wird.

Bauarbeitergesetz.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die „Deutsche Bauzeitung“ eine Aufschrift der Sektion I der Schlesisch-Polnischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft, die der lebhaftesten Genugtuung darüber Ausdruck gibt, daß wir in Deutschland zu einem durchgreifenden Schutze der Bauarbeiter so bald noch nicht kommen werden.

Zu der weitergegebenen Weisheit einiger Bundesrats-Bevollmächtigten können wir nur erklären, daß auf Bauten bekanntlich an „komplizierten Maschinen“ nicht allzu viele Unfälle vorkommen, und auch nicht solche, die mit „Statt und Mechanik“ etwas zu tun haben.

Was für Leute sind es denn, in deren geistiger Obhut sich die Knochen der Bauarbeiter befinden? Die Beamten der Berufsgenossenschaften sind frühere Offiziere, Bürgermeister a. D. usw.

Auffallend findet es der Artikelschreiber der Berufsgenossenschaft, daß die sozialdemokratische Presse sich immer so anstellt, als ob die Sozialdemokratie alle Wissenschaft in Erbacht genommen hätte.

Das Vogelstichgesetz wird auf Antrag Wolff-Retternich (Zentr.) einer 14gliedrigen Kommission überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung der Vorlage über die Abänderung der Gewerbeordnung (Verpflichtungsnachweise für das Baugewerbe).

genossenschaften auf, und da Zahlen die besten Beweismittel sind, so wird durch dieselben die durch nichts unterschätzte Bedeutung der Sozialdemokratie über das ungemessene Anwachsen der schweren Unfälle im Baugewerbe vollständig widerlegt.

Im Jahre 1902 waren in der Schlesisch-Polnischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft 78,992 Dollarbeträger beschäftigt.

Im Jahre 1903 waren in der Schlesisch-Polnischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft 78,992 Dollarbeträger beschäftigt.

Im Jahre 1904 waren in der Schlesisch-Polnischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft 78,992 Dollarbeträger beschäftigt.

Im Jahre 1905 waren in der Schlesisch-Polnischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft 78,992 Dollarbeträger beschäftigt.

Im Jahre 1906 waren in der Schlesisch-Polnischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft 78,992 Dollarbeträger beschäftigt.

Im Jahre 1907 waren in der Schlesisch-Polnischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft 78,992 Dollarbeträger beschäftigt.

Im Jahre 1908 waren in der Schlesisch-Polnischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft 78,992 Dollarbeträger beschäftigt.

Im Jahre 1909 waren in der Schlesisch-Polnischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft 78,992 Dollarbeträger beschäftigt.

Partei-Angelegenheiten.

Im Monat Oktober gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein: Nauen-Land-Gruppe, sozialdem. Verein 10,--

C. R. 3. - Breslau, sozialdemokr. Verein 768. - Wiefelb., Wahlkr. Wiefelb.-Wiedenbrück 3. Quart. 06 316,16. Fern 50. - Bochum-Gelsenkirchen-Gattlingen, Wahlkr. 3. Quart. 06 293,98. Bamberg, soziald. Verein 20,49. **Reutheim (O.S.) v. d. Parteigenossen 5. -** Baden-Baden, J. R. 1. - Charlottenburg, Französisch. v. d. Verdigung des Gen. W. Kurz 3. - Cottbus, Presslamm-Bildern von A. 3. - Gassel, aus dem Maitationsbezirk 34,30. Chemnitz, Bruns 1. - Gassel, sozialdemokr. Verein f. d. Wahlkr. Gassel-Welfungen, 3. Quart. 06 189,60. Düsseldorf, Wahlkr. Juli-September 188.06. Dessau-Recht, sozialdemokr. Wahlverein 38. - Dortmund-Förde, sozialdemokr. Wahlverein, 1. Quart. 1906/07 392. - Feinmühl (A. obenh. Wahlkr.), sozialdemokr. Verein 21. - Danzin, sozialdemokr. Wahlverein 36,60. **Dresden-Land (6. städt. Reichstagswahlkreis) 2000. -** Eberfeld-Parren, sozialdemokratischer Verein, 1. Quartal 06 394,98. Essen a. Ruhr, sozialdemokratischer Verein, 1. Quartal 06 407,28. Falkenberg (Oberh.), 3. - Fulda, Arbeiter-Druckerei 9. - Frankfurt a. M., vom Arbeiter-Eingebund f. d. Rhein- und Maingau, Zuweisung vom Arbeiterklub des Bundeshauses in Danau am 24. 6. 06 600. - Frankfurt a. M., sozialdemokr. Verein 3. Quart. 06 800. - Gera, Wahlkr. Reus i. 3. Quart. 06 200. - Gießen, C. R. 50. - Guben-Pöbber, Wahlverein 150. - **Grünberg-Freystadt i. Schl., sozialdemokr. Verein 3. Quart. 18.15. -** Hild. Kreis Remden 3. Quart. 3. - Harburg, 17. hannov. Wahlkr. 1. Quart. 1906/07 707,40. Hannover 8. hannov. Wahlkr. Reil vom 1. Halbjahr 1906 140,44. Null-Quart 1900. - **Summa 1140,44. -** Gannau-Gelnhausen-Orh. 3. Quart. 1906 200. - **Hamburg, Ueberblick der Waimarten von 1906 durch W. P. Valentinskamp, 265. -** Hof i. B., Wahlkr. 1. Quart. 1906/07 112,71. **Hamburg, eingegangen in der Expedition des „Vamb. Echo“ im Monat Oktober 107,75. -** Jena, Kreiswahlverein v. d. weimarischn. Wahlkreis 1. Juli bis 30. Sept. 06 253. - **Königsb., Wahlkr. 1. -** Seltion R. 20. - **Kulmbach-Korchheim, Wahlkr. 19,89. -** Kiel, sozialdemokr. Zentralwahlverein d. 7. schlesw.-holst. Wahlkr. 750. - **Schlesien, sozialdemokratischer Verein, 3. Quartal 06 11,53. -** Leipzig, 12. schlesischer Reichstagswahlkreis 600. - **Vudenburg, Rufus 5. -** Ludwigsfelde a. Rh., Gau Pöla, 1. Wahlkr. 375,53; 2. Wahlkr. 08. - 3. Wahlkr. 16,35; 4. Wahlkr. 88,29; 5. Wahlkr. 4,44; 6. Wahlkr. 60,72; **Extraktbeitrag des Gau 36,67. -** Summa, 630. - **Wemel, Beitrag für das dritte Quartal 1906 11. -** München, sozialdemokr. Verein 3. Quartal 06 299,55. **Mannheim, Kreisverein des 11. badischen Reichstagswahlkr. 3. Quartal 1906 550. -** **Milheim-Wipperfurth-Summersbach, Wahlkr. 3. Quart. 06 167,10. -** **Wannheim, Beitrag der Mannheimer Arbeitervereine 2000. -** **München, Wahlkr. 5. -** **Remscheid, sozialdemokr. Verein für den Reichstagswahlkr. 3. Quartal 06 7,36. -** **Münchberg, S. 3. -** **München, sozialdemokr. Verein, 3. Quartal 06 685,23. -** **Nordhausen, sozialdemokr. Wahlverein für den Wahlkreis Nordh. -** **Grasshof Hohenstein, 3. Quartal 06 59,16. -** **Osternburg, 1. obenh. Wahlkreis 62. -** **Offenburg, 7. badischer Wahlkreis 27,90. -** **Ober-Langenscheidt a. d. Exped. des „Proletarier“ von Gen. aus Wälfer-Waltersdorf 1. -** **Oberstein a. N., 3. Quartal 06 23,40. -** **Reichsdamm-Spandau-Oranienland, sozialdem. Kreiswahlverein 226,90. -** **Reinisch-Göthyn, Wahlkr. 3. Quart. 06 3,40. -** **Regensburg, soziald. Verein, 3. Quart. 06 16,20. -** **Randow-Greifenhagen, soziald. Wahlkr. 150. -** **Rixdorf, amerik. Kution, d. Demann 5,90. -** **Südn. Leipzig, die aufgel. S. 4,35. -** **Soest, Wahlkr. Hamm-Soest 3. Quart. 107,12. -** **Stendal-Dierburg, Wahlkr. 20,40. -** **Schweinfurt, sozialdemokratischer Verein 36,33. -** **Stuttgart, G. U. 10. -** **Schopkloß in Haveru, Wahlverein 11,21. -** **Schwabach, Wahlkr. Ansbach-Schwabach 58,26. -** **Schönlank, Beitrag vom Wahlverein 2,80. -** **Trier, sozialdemokr. Wahlverein 25,06. -** **Dale a. S., rote Rindtaufe 2. -** **„Vorwärts“ 3. Quart. 06 26,229,50. -** **Wittich, 3. Quart. 06 3. -** **Wabrer, Jacob und „Gleichheit“ 15,000. -** **Weißwasser, sozialdemokr. Wahlverein d. Wahlkr. Rothenburg-Dönerwerda 49,16. -** **Winksdorf (19. hannov. Wahlkr.) sozialdemokr. Verein, 3. Quartal 1906 28,08. -** **Würgburg, sozialdemokr. Verein, Quartalsbeitrag 26,52. -** **Werdau, 18. städt. Wahlkreis, Ortsgruppe Werdau, Halbjahresbeitrag 1906 68,15.**

Für den Parteivorstand: A. Gerisch, Lindenstr. 69

Arbeiterbewegung.

Eine Proklamation der Rülkauer Bergarbeiter. Die Zwischener Grubenbarone treiben mit aller Macht auf einen Streik zu. Wiederholt schon wurden Versuche unternommen, die Bergarbeiter durch Verläumdungen der Schichten zum Streik zu reizen. Wenn diese Unternehmungen auch an der Rülkauer Bergarbeiter scheiterten, so wiederholen sie sich doch immer, in der ausschließlichen Hoffnung, die Bergarbeiter müde zu machen. Jetzt unternimmt die Direktion der Wilhelmsschächte erneut den Versuch. In der Nacht vom 16. zum 17. November haben die Arbeiter den Bergarbeitern mitgeteilt, daß ab **Montag, den 19. November, die eifelhändige Schicht einzuführt werde.** Das bedeutet nichts anderes, als die Bergarbeiter in den Streik treiben wollen. Die Bergarbeiter werden aber auch auf diesen Versuch die richtige Antwort zu geben wissen. **Der österreichische Metallarbeiter-Kongress, der am Sonnabend geschlossen wurde, hat die Einigung der nationalen Metallarbeiter-Organisationen zustande gebracht. Der neue Verband heißt nunmehr: Verband der Metallarbeiter Oesterreichs.**

Versammlungen und Vereine.

Dresdener-Versammlung. Am Mittwoch, den 14. November, fand eine Versammlung der „Sektion der Drechsler“ statt, in der Genosse Dr. Landsberg über: „Alkohol und Arbeiterbewegung“ sprach. Der Referent schilderte, wie der Alkohol das einzelne Vermögen, das der Arbeiter besitzt, das ist seine Arbeitskraft, in schwerer Weise schädigt; aber auch das Gehirn desselben so beeinflusst, daß derselbe nicht Herr über sein Denken ist. Bei Lohnbewegungen sei der Alkohol ein vorheriger Faktor. So mancher Arbeiter, der sich im Streik an Arbeitswilligen vergriff, verbankt seine Gefängnisstrafe lediglich dem Jule. In der folgenden Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß auch die Drechsler kurz vor einer Lohnbewegung stehen und sich die Ausführungen des Genossen Dr. Landsberg zu Herzen nehmen und danach handeln möchten. **Bei dem nun folgenden Punkte: „Steuerzunahme“** an der Drechsler-Konferenz“ führte Kollege Bachna aus, daß die Drechsler ganz Deutschlands sich schon seit Jahren bemühen, doch einmal eine Konferenz zustande käme, auf der die wichtigsten Wünsche und Angelegenheiten der Drechsler erörtert werden könnten. Das positive Verhalten des Hauptvorstandes gegenüber diesen berechtigten Wünschen müsse mit der Zeit auch einmal die Drechsler ratifizieren. Redner empfahl folgende Resolution zur Annahme: **Die jeweilige Sektions-Versammlung der Drechsler „Arbeiter Breslau“, beschließt, dem Hauptvorstande zu unterbreiten, daß er in nächster Zeit eine Konferenz der Drechsler Deutschlands einberufen möge. Die Sektion ist der Ansicht, daß folgende Punkte auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden können:**
 1. Titulation am Orte, wie auch im Gau.
 2. Bildung einer Zentralkommission.
 3. Wie bekämpft man am besten die Drechsler-Krankheiten: 1. Krampfadern; 2. Lungentuberkulose.
 4. Alkoholfrage.
 Die Sektion ist der Meinung, daß zu jedem Punkte der Tagesordnung sich ein Referent aus den Reihen der Drechsler stellen kann. **Zum Punkt „Verpflichtungsaufgaben“** wurde über einen Vorfall in einer Tischlerwerkstatt Klage geführt. Scherf kritisiert wurde das Verhalten eines Tischlers, der, obwohl Bezirkskassierer und M. d. G. A., dennoch das wichtigste, das ist die Solidarität, vermissen läßt. Es fehlten Delegierte aus folgenden Werkstätten: Konjolle, Larisch, Beutel und Gottschalk. Am Schluß wurde noch ein Antrag, ein Kränzchen im Januar stattfinden zu lassen, angenommen.

Breslauer.
 A. Kurat. Bürgerrechtsgeld. Die Stadt-Gemeinden sind nach § 2 des Gesetzes vom 14. Mai 1880 befreit, auf Grund von Gemeindebeschlüssen, welche die Genehmigung des Bezirksausschusses erhalten haben, die Einrichtung eines Bürgerrechtsgeldes bei Erwerb des Bürgerrechtes anzunehmen. Hat also die Stadtgemeinde Kurat die Erhebung eines Bürgerrechtsgeldes von 6 Mark beschlossen, und der Bezirksausschuss seine Genehmigung erteilt, so muß hört jede Person, die nach § 5 der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1888 das Bürgerrecht besitzt, den Betrag von 6 Mark zahlen. Wer dies unterläßt, darf an den Stadtverordneten-Wahlen nicht teilnehmen. Trotzdem also die Ausübung des ohnehin so schlechten Wahlrechts in der Stadtgemeinde Kurat von der Zahlung des für Arbeiter erheblichen Betrages von 6 Mark abhängig ist, müssen wir gerade im Interesse der werktätigen Bevölkerung wünschen, daß recht viel Arbeiter das Bürgerrechtsgeld entrichten. Sie besitzen dann wenigstens in Wirklichkeit das Stimmordnen-Wahlrecht, das sie dann gebührend auszunutzen haben.

Quittung.

Für den Russenfonds gingen ein:	
Gesammelt durch Bockel.	1.60 Mk.
Ungeannt.	0.50 "
Durch Genossen Mailon-Schnieberg.	1.00 "
Summa	3.10 Mk.
D. Heymann.	

19. Quittung.

Für die Stadtverordnetenwahlen gingen ein:

Beitrag quitiert	1501.72 Mk.
Liste 40, Distr. 3 d. Seibel	3.85 "
" 35, " " " " " "	1.95 "
" 280, Distr. 17 (Liste herl.) d. Daum	2.75 "
" 227, " " " " " "	4.15 "
" 373, Distr. 14 d. Dindas	8.95 "
" 233, Distr. 17 d. Klotze	1.95 "
" 239, " " " " " "	4.90 "
" 6, " " " " " "	4.80 "
" 401, ael. b. Pöthnerveran. d. Christ	10.00 "
" 83, Distr. 7 d. Pittner	3.80 "
" 84, " " " " " "	6.50 "
" 42, Distr. 4 d. Schöps	5.20 "
" 81, Distr. 7 d. Thomas	1.20 "
Vom emittl. 3. Leutenstr.	5.00 "
Ueberkunft von einer Frau Spinde von der Masch.-Fau-Anstalt Breslau	0.70 "
Liste 58, Distr. 6 d. Weinholt	8.20 "
" 56, " " " " " "	6.50 "
Liste 380, Distr. 11 ael. von Giesern bei Meinede d. Scholz	5.15 "
Liste 37, Distr. 3 d. Rech	5.90 "
" 39, " " " " " "	8.55 "
Summa	1600.62 Mk.

Sammlungen sind im Parteisekretariat, Neue Graupenstraße 5, 2. Etage, zu haben.

Für die Lithographen und Steinbrucker gingen ein:

Beitrag quitiert	1807.69 Mk.
Durch Bülkel Liste Nr. 7	8.10 "
Durch Döring Liste Nr. 125	0.20 "
Summa	1810.99 Mk.

Für die Buchbinder gingen ein:

Beitrag quitiert	793.59 Mk.
Durch Winkler Liste Nr. 21	0.60 "
Summa	794.19 Mk.

E. BRESLAUER

Erste u. grösste Damen-Mäntel-Fabrik am Platze
 Albrechtsstrasse-, Ring- und Schmiedebrücke-Ecke.



- Schwarze Jacketts und Paletots . . . von **5** Mk. an.
- Farbige Jacketts und Paletots . . . " **7** " "
- Herbst-Kostüme . . . " **12** " "
- Astrachan-Paletots . . . " **10** " "
- Astrachan-Paletots mit imitiert. Feefutter. " **20** " "
- Boleros in Astrachan, Seidenplüsch etc. " **8** " "
- Golf-Kragen . . . " **5 1/2** " "
- Abendmäntel und Paletots . . . " **10** " "
- Kinder-Konfektion in enormer Auswahl, in allen Grössen und Preislagen.

Bekannt grösste Auswahl!

Billigste, feste Preise!

